

W-04 Zum Besseren. Neues Wachstum für unser Land.

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 07.10.2026
Tagesordnungspunkt: W TOP 06 - Starke Wirtschaft, faire Chancen

Antragstext

1 Das Freiheits- und Aufstiegsversprechen unserer Demokratie und unserer sozialen
2 Marktwirtschaft zerschellt für viele zunehmend an der Realität. Es ist das
3 Versprechen, dass es morgen besser wird, dass sich Anstrengung lohnt und
4 Wohlstand gerecht verteilt ist. Die Sorge vor Jobverlust und sozialem Abstieg
5 äußert sich für immer mehr Menschen ganz konkret. Die einen können sich Urlaub,
6 Restaurantbesuch oder einen schönen Kindergeburtstag schon längst nicht mehr
7 leisten, andere fürchten, dass das für sie morgen der Fall sein könnte.
8 Steigende Kosten und angekündigte Stellenstreichungen unterfüttern diese Sorgen:
9 Aus Aufstiegsverheißung ist Abstiegsangst geworden. Daraus speist sich auch das
10 Erstarken der Rechtsextremen, das unsere Demokratie bedroht. Es geht nicht nur
11 darum, die Demokratie und den Status quo zu verteidigen, sondern sie zu
12 erneuern. Wer Demokratie und Freiheit heute glaubwürdig erneuern will, muss das
13 wirtschaftliche und soziale Versprechen neu begründen und einen Staat gestalten,
14 der einfacher und schneller handelt.

15 Das schwindende Vertrauen in Demokratie und Politik speist sich auch aus dem
16 Frust, den Bürger*innen, Unternehmen und ehrenamtliche Initiativen im Alltag mit
17 Behörden erleben. Gute Ideen ersticken schnell unter einer Lawine von Auflagen,
18 langen Prozessen und lähmender Unsicherheit. Es keimt das Gefühl: „Die da oben
19 wollen gar nicht, dass ich zu meinem Recht komme.“ Diese Sorgen und dieser Frust
20 sind berechtigt. Wer sie für eine Politik der Ausgrenzung und der Zerstörung
21 unserer Verfassung instrumentalisiert, dem setzen wir etwas entgegen, das
22 stärker ist als Angst: Zuversicht. Einen klaren Plan. Und das Zutrauen, dass es
23 gelingt.

24 Wir haben einen Plan für Deutschland, einen Plan der Erneuerung und des Aufbaus,
25 der die Dinge besser macht. Wir sehen ein Deutschland und Europa, das durch die
26 Erneuerbaren und neue Klimatechnologien gleichermaßen Unabhängigkeit von den
27 Launen autoritärer Kräfte und gute Jobs erreicht, das neue Technologien im
28 Dienste der Menschen entwickelt und dadurch mehr Potenziale für
29 Wettbewerbsfähigkeit und ein soziales Miteinander bietet; ein Deutschland, das
30 Kindern, Jugendlichen und Berufstätigen durch beste Bildung, Förderung und
31 soziale Absicherung ein Leben in Selbstbestimmung ermöglicht. Dafür hilft kein
32 Führer an der Spitze, kein Fünfjahresplan: Der Wunsch nach beidem ist
33 autoritäres Denken, das wir ablehnen. Unser Plan setzt auf die Vielen in unserem
34 Land, damit sie ihre Pläne wieder verwirklichen können, mit der nötigen
35 Infrastruktur, greifbaren Chancen und Freiräumen. Diese Freiheit wollen wir
36 nicht nur der heutigen, sondern auch kommenden Generationen ermöglichen. Wir
37 sind überzeugt: Deutschland kann zeigen, dass Wohlstand in Freiheit auf diesen
38 Planeten passt. Diese Freiheit braucht Schutz, damit sie zum Wohle aller Früchte
39 tragen kann. Deshalb verknüpfen wir sie mit einer robusten Politik gegen
40 unfairen Wettbewerb, technologische Abhängigkeiten und autoritären Einfluss.

41 Wirtschafts- und Sozialpolitik gehören dabei zusammen. Nur wenn unsere
42 Unternehmen erfolgreich sind, schaffen sie gute Arbeitsplätze, investieren und
43 zahlen Steuern. Nur wenn alle das Gefühl haben, dass sich ihre Arbeit und ihr
44 Einsatz auszahlen, dass sie eine faire Chance haben, dass unsere Sozialsysteme
45 in schlechten Zeiten Sicherheit bieten, schaffen wir den Aufbruch. Dazu gehört
46 auch die Care-Arbeit, ohne die keine Wirtschaft funktioniert und die bis heute
47 überwiegend unbezahlt und von Frauen geleistet wird. Wenn wir sie stärker
48 wertschätzen und gerechter zwischen den Geschlechtern verteilen, können gerade
49 Frauen und Mütter selbstbestimmt für sich sorgen und ihr Können in die
50 Wirtschaft einbringen. Wenn wir diese Grundlage legen, dann schaffen wir es,
51 dass die Menschen in unserem Land wieder stolz sein können auf das, was wir
52 gemeinsam schaffen. Dann schaffen wir als Gesellschaft den Zusammenhalt, den wir
53 für eine widerstandsfähige Demokratie brauchen.

54 Klar ist: Ökologisch erneuern, Schulen sanieren, Netze ausbauen, den Sozialstaat
55 im demografischen Wandel sichern, das geht nur mit einer starken Wirtschaft.
56 Deswegen wollen wir in dieser Zeit wachsen, neu wachsen. Dabei leitet uns die
57 Idee der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft.

58
59 Wir wollen ein neues Wachstum, das diesen Planeten erhält und stärkt. Damit
60 unsere Wirtschaft auf diesen Planeten passen kann, brauchen wir eine lange Phase
61 von Investitionen und Innovationen. Dabei ist die ökologische Erneuerung selbst
62 ein wesentlicher Innovations- und Wachstumsmotor. Erneuerbare Energie ist in der
63 Gestehung heute die günstigste Energie, sie allein macht uns unabhängig von
64 Importen und Preisschocks. Kreislaufwirtschaft sichert Rohstoffe, die wir sonst
65 teuer einkaufen müssen. Klimatechnologien und Chemie ohne Schadstoffe sind
66 Weltmärkte von morgen. Hier entscheidet sich auch, ob in unserem Land noch
67 industriell produziert werden kann und die Arbeitsplätze hierbleiben. Diese
68 Erneuerung ist jedoch voraussetzungsreich und herausfordernd. Wir wollen sie so
69 gestalten, dass wir am Ende wettbewerbsfähiger sind und nicht schwächer. Das
70 erfordert unter anderem riesige Investition, öffentliche wie private. Diese
71 lassen sich nicht dauerhaft aus wachsenden Schulden und Sondervermögen
72 finanzieren, sondern nur aus einer produktiven, innovativen Wirtschaft. Deshalb
73 ist Wachstum die Voraussetzung dafür, dass die ökologische Transformation
74 gelingt und trägt – für Menschen, Unternehmen und den Planeten.

75
76 Wir wollen ein neues Wachstum, das aus Innovation und Qualität entsteht. Made in
77 Germany steht für die besten Lösungen, Qualität in der Umsetzung und weiter für
78 Verlässlichkeit. Der Anspruch der Technologieführerschaft muss auch das Ziel
79 politischer Rahmenbedingungen sein. Und wir wollen diese Stärke wieder zur
80 Anwendung bringen. Zu oft wird bei uns geforscht und entwickelt, aber anderswo
81 produziert. Was fehlt, ist nicht die Idee, sondern ihre Umsetzung hier vor Ort:
82 Kapital für Wachstumsphasen, schnellere Genehmigungen, ein Staat, der als erster
83 Kunde Risiken mitträgt, und eine Verwaltung, die liefert.

84
85 Wir wollen ein neues Wachstum für gute Arbeit. Wenn eine Wirtschaft nicht
86 wächst, verschwinden Jobs. Das sind keine abstrakten Zahlen, sondern konkrete
87 Erfahrungen: der Ingenieur in der Zulieferindustrie, die Köchin in der
88 Werkskantine, der Verkäufer im Einkaufszentrum oder die Managerin im
89 Maschinenbau. Wer keinen sicheren Arbeitsplatz hat, hat Angst vor Veränderung.
90 Deshalb lassen wir niemanden mit dem Wandel allein. Das entsteht nicht von
91 selbst. Dafür braucht es Absicherung und Flexibilität, Investitionen in

92 Weiterbildung und regionale Wertschöpfungsketten. Dafür braucht es eine
93 hervorragende Ausbildung, die allen ihren Berufsweg ermöglicht.
94
95 Wenn mehr Menschen in guter Arbeit sind und mehr Wertschöpfung entsteht,
96 verbreitert sich auch die Basis, auf der unsere Sicherungssysteme ruhen. Ohne
97 Wachstum verschärfen sich der Verteilungskämpfe, zwischen Jungen und Alten oder
98 Beschäftigten und Rentner*innen. Wachstum zusammen mit den notwendigen Reformen
99 kann die Renten- und Pflegeversicherung und unser Gesundheitssystem so
100 aufstellen, dass sie auch in dreißig Jahren noch halten, was sie versprechen.
101 Wir stehen dafür ein, dass die Reformen nicht zu Lasten derer gehen, die jetzt
102 schon die meiste Leistung in diesem Bereich erbringen, bezahlte wie unbezahlte:
103 den Frauen.
104
105 Wir wollen ein neues Wachstum, das uns resilienter, unabhängiger und sicherer
106 macht. Sicherheit heißt heute auch Energiesicherheit, Rohstoffsicherheit und
107 technologische Souveränität – statt Abhängigkeit von russischem Gas,
108 chinesischen Exportmärkten und amerikanischer Verteidigung, KI-Systemen und
109 Rechenleistung. Erneuerbare Energien, Speicher, Netze, Kreislaufwirtschaft und
110 eigene digitale Infrastruktur sind deshalb Sicherheitspolitik.
111
112 Und wir denken dieses neue Wachstum europäisch. Kein Mitgliedstaat kann allein
113 einen Binnenmarkt von 450 Millionen Menschen bieten, allein die Netze und
114 Wasserstoffleitungen über Grenzen hinweg bauen, allein Rohstoffpartnerschaften
115 schließen oder allein den globalen Tech-Konzernen Regeln setzen. Wir brauchen
116 einen vollendeten Binnenmarkt, einen integrierten Kapitalmarkt, gemeinsame
117 Standards, gemeinsame Beschaffung und gemeinsame Investitionen in Forschung,
118 Verteidigung und Infrastruktur, sowie eine massive Harmonisierung und
119 Vereinfachung der in den letzten Jahren hinzugekommenen Regeln. Wir brauchen ein
120 schnelles, starkes und souveränes Europa.
121
122 Der Wohlstand ist heute ungleicher verteilt als je zuvor: In der Europäischen
123 Union besitzt das reichste Prozent mehr als die gesamte ärmere Hälfte der
124 Bevölkerung zusammen. Auch innerhalb Deutschlands gibt es weiterhin große
125 Unterschiede. Insbesondere in Ostdeutschland gibt es deutlich weniger Vermögen
126 und weniger Wohlstand. Wer vermögend ist, wird es häufig durch Erbschaft, nicht
127 durch Leistung. Und in kaum einem vergleichbaren Land entscheidet die Herkunft
128 so stark über den Bildungsweg wie bei uns. Wenn sich Vermögen und Chancen
129 vererben, wächst am Ende vor allem die Distanz innerhalb der Gesellschaft. Hinzu
130 kommt, dass jeder große Umbruch, von der industriellen Revolution über die
131 Globalisierung bis zur KI, zunächst Vermögen in wenigen Händen konzentriert,
132 Lebensgrundlagen belastet und Gesellschaften unter Druck gesetzt hat. Das haben
133 nicht zuletzt wir Grüne kritisiert. Viele Menschen haben es immer wieder hart
134 erkämpft und in demokratischen Prozessen errungen, dass der Wohlstand bei denen
135 angekommen ist, die ihn erarbeiten, dass unsere natürlichen Lebensgrundlagen
136 geschützt werden. Gleiches gilt heute: Es braucht faire Regeln, um die Gewinne
137 der KI-Revolution, genauso wie große Erbschaften und Vermögen heranzuziehen, um
138 damit die nötigen massiven Investitionen in Kitas, Schulen und Infrastruktur zu
139 stemmen, aber auch in unsere Sicherheit.

140 Natürlich bleibt Wachstum kein Selbstzweck, und nicht jedes Wachstum ein Gewinn.
141 Das Bruttoinlandsprodukt steigt auch, wenn Wälder abgeholzt und Böden ausgelaugt
142 werden. Wo Gewinne privatisiert, aber Menschen ausgebeutet und Kosten auf die

143 Allgemeinheit, auf andere Weltregionen oder kommende Generationen abgewälzt
144 werden, verschiebt Wachstum nur Profite: von morgen auf heute, von unten nach
145 oben. Wir setzen dem ein Wachstum entgegen, das trägt: Ein Wachstum, das die
146 ökologischen Grenzen einhält, das denjenigen zugutekommt, die es erarbeiten.

147
148 Deshalb ist jetzt unsere Aufgabe: Wachstum nicht bremsen, sondern gestalten.
149 Unser Versprechen ist ein Mehr für alle, dass es besser wird. Wirtschaftlicher
150 Erfolg, gesellschaftlicher Zusammenhalt und ökologische Tragfähigkeit sind kein
151 Widerspruch. Sie sind die Bedingung dafür, dass Wohlstand hält.

152
153 Damit dieser Handschlag in die Zukunft funktioniert, beleben wir die stärkste
154 Währung unseres Landes: Vertrauen. Das Vertrauen, dass Unternehmen Lösungen für
155 die Probleme unserer Zeit finden und Wohlstand schaffen können, wenn man ihnen
156 Freiheit lässt und dafür einen verlässlichen und klaren Rahmen gibt. Das heißt
157 nicht Laissez-faire, sondern verbindliche Spielregeln, die so gestaltet sind,
158 dass sie unternehmerische Initiative und Verantwortung nicht unnötig ausbremsen.
159 Spielregeln, die die ökologischen Grenzen zuverlässig einhalten, aber auf
160 unnötige Bürokratie und Detailregulierung verzichten. Und das Vertrauen, dass
161 die Menschen sich einbringen und Veränderung akzeptieren, wenn sie sich den
162 gerechten Anteil am Wohlstand erarbeiten können. Dazu gehört zentral auch ein
163 Staat, dem man vertrauen kann – vertrauen, dass er für Unternehmen schnell und
164 zuverlässig regelt, was nötig ist und dass er für die Bürgerinnen nahbar ist,
165 nachvollziehbar und fair handelt.

166 Ein funktionierender Staat kann sich dieses Vertrauen leisten, wenn er selbst
167 handlungsfähig und wehrhaft ist. So kann er nach dem Prinzip vorgehen, die
168 schwarzen Schafe zu sanktionieren, statt alle Bürger*innen, Unternehmen,
169 Initiativen oder Vereine pauschal mit hohen Bürokratiekosten zu belasten.
170 Vertrauen setzt aber auch voraus, dass der Staat sich gegen unfairen Wettbewerb
171 wehren kann, dass er der eigenen Wirtschaft und den Menschen den Raum gibt, die
172 eigenen Stärken zu entfalten. Das Ergebnis zählt für die Menschen.

173 Das ist auch eine Lehre aus unserer eigenen Geschichte: Wir Grüne haben zurecht
174 von Anfang an auf die Verheerungen hingewiesen, die Industriegesellschaften –
175 kapitalistische wie sozialistische – auf unserem Planeten angerichtet haben, auf
176 die Ausbeutung von Menschen und die gesundheitlichen Belastungen. Aber wir haben
177 zu lange übersehen, dass wir dieses Problem nicht durch Generalverdacht und
178 Dauerkontrolle lösen können, sondern nur partnerschaftlich – indem wir die
179 Wertschöpfung nachhaltig neu aufstellen. Viele in der Wirtschaft haben die
180 gleiche Überzeugung. Sie haben Vertrauen verdient. Das ist kein vorauseilender
181 Gehorsam und keine Naivität. Es ist ein Angebot zur gemeinsamen Arbeit am
182 Wachstum für unser Land.

183 Diesen Schritt geht die Bundesregierung nicht, denn sie stellt immer wieder
184 einen Großteil der Menschen unter den Generalverdacht der Faulheit und
185 Blaumacherei, sie streicht bei Gesundheit, Rente und der Unterstützung von
186 Familien. Damit schafft sie Unsicherheit, statt Chancen zu eröffnen. Damit
187 bietet sie keinen Halt und keine Orientierung. Damit gefährdet sie den
188 demokratischen Zusammenhalt. Unser Plan ist dazu die Alternative.

189 Um Halt und Orientierung zu geben, werfen wir auch einen ehrlichen Blick auf die
190 eigene Bilanz: Wir haben in der Ampel-Regierung gute Krisenarbeit geleistet, die
191 Erneuerbaren entfesselt und beim Ausbau von Infrastruktur Bürokratie abgebaut.

192 Mit dem Startchancenprogramm haben wir das größte und langfristigste
193 Bildungsprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik auf den Weg gebracht und
194 die Fachkräfteeinwanderung modernisiert. Darauf sind wir stolz. An anderer
195 Stelle aber haben wir Detailvorgaben gemacht, statt den ökologischen
196 Ordnungsrahmen unserer Politik in den Mittelpunkt zu stellen. Die Politik der
197 Ampel hat Menschen verunsichert, statt Verlässlichkeit auszustrahlen. Mehrmals
198 haben wir einzelne Großprojekte finanziert, statt Technologien und neue
199 Geschäftsmodelle zu fördern und sie vor unfairer Wettbewerb zu schützen. Wer
200 verändert, macht Fehler, und wir lernen daraus, diese Herausforderungen besser
201 anzupacken.

202 Auch aus dieser Erfahrung speist sich der klare Fokus unseres Plans. Wir sichern
203 Wachstum, indem wir drei Hebel umlegen: Wir setzen im Inneren Kräfte frei,
204 schaffen Freiräume, erneuern unsere Wirtschaft und machen sie so innovativer und
205 nachhaltiger. Wir schützen uns nach außen gegen unfairen Wettbewerb und
206 Erpressbarkeit. Und wir sorgen dafür, dass die Früchte dieses Wachstums bei den
207 Menschen ankommen, die es erarbeitet haben.

208 Hebel 1: Innovation freisetzen, Wirtschaft erneuern und 209 nachhaltig aufstellen

210 Ein großer Beitrag zu mehr Wachstum liegt im Inneren: Eine Wirtschaft, die
211 Innovation freisetzt und Produktivität steigert, ein Staat, der Transformation
212 beschleunigt statt blockiert, ein Arbeitsmarkt, der Erwerbsbeteiligung
213 ermöglicht, und eine Klimapolitik, die Innovation und wirtschaftliche
214 Entwicklung schafft. Unsere wichtigste Ressource für den Aufbau von neuem
215 Wachstum sind die Menschen mit ihrer Qualifikation, ihrer Arbeitskraft und ihrer
216 Motivation. Mit einer hervorragenden Schulbildung sowie Aus- und Weiterbildung
217 schaffen wir die Grundlage dafür, dass alle Bürger*innen gute Jobchancen und
218 Möglichkeiten zur beruflichen Weiterentwicklung bekommen. Lebenslanges Lernen
219 ermöglicht Aufstieg und Selbstverwirklichung.

220 1.1 Ökologische Politik als Wettbewerbsvorteil

221 Die Voraussetzungen sind besser denn je, dass unser Wohlstand auf unseren
222 Planeten passt. Die Technologien dafür existieren oft längst. Offen ist, ob wir
223 sie konsequent weiterentwickeln und gegen die Widerstände der fossilen Lobby
224 durchsetzen. Die Energiewende führt zu immer mehr Stunden von Energie im
225 Überfluss und wird bei konsequenter Fortsetzung und Finanzierung notwendiger
226 Investitionen ermöglichen, die für Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz notwendige
227 Produktion bei uns zu halten. Günstige grüne Energie wird uns auch Fortschritte
228 in der Digitalisierung leichter ermöglichen. Dazu gehört das Ziel einer
229 müllfreien, vollständig kreislauffähigen Wirtschaft. Sie senkt Kosten und
230 Umweltbelastung und verringert unsere Abhängigkeit bei kritischen Rohstoffen.
231 Kreislaufwirtschaft ist ökologische Notwendigkeit und Resilienzstrategie
232 zugleich.

233 Klima- und Industriepolitik sind heute zwei Seiten derselben Medaille.
234 Deutschland ist ein Industriestandort und soll es bleiben, doch dafür muss er
235 sich verändern.

236 Bei klimaneutralem Stahl und klimaneutraler Chemie, Elektromobilität,
237 Wärmewende, Speichern und Wasserstoff entscheidet sich heute, wo die
238 Wertschöpfung der kommenden Jahrzehnte entsteht. Wer Klimastandards im Namen
239 kurzfristiger Entlastung schleift, zahlt dafür morgen mit verlorenen Märkten.
240 Für die energieintensive Industrie drängt die Zeit: Wer etwa grünen Stahl in
241 Deutschland halten will, muss jetzt handeln. Politik für einen klimagerechten
242 Wohlstand braucht Verlässlichkeit.

243 Wärmepumpe, E-Auto, grüner Stahl und Fortschritte bei grüner Chemie oder
244 Windkraft zeigen schon heute, wie Klimaschutz Jobs, Wertschöpfung und
245 Unabhängigkeit von autokratischen Staaten schaffen kann. An diese Erfolge wollen
246 wir anknüpfen, statt sie abzuwürgen, wie es die Bundesregierung bei der
247 Energiewende tut.

248 Dazu gehört es auch, gemeinsam mit den Unternehmen das Machbare zu
249 identifizieren. Vom grünen Tisch aus können wir die Klimaziele nicht erreichen.
250 Eine Klimapolitik des Vertrauens ist partnerschaftlich und pragmatisch in der
251 Herangehensweise, verlässlich und konsequent bei den Zielen. Ganz zentral
252 braucht es für neues Wachstum eine massive Senkung der Energiepreise, eine
253 verlässliche Netzinfrastuktur, deren Finanzierung sich über Generationen
254 streckt. Wichtige Hebel sind außerdem grüne Leitmärkte und einfach anwendbare
255 Klimaschutzverträge, um die Investitionshürden des Beginns zu stemmen.

256 Änderungen am ETS-Regime sollen Investitionen in Modernisierung und
257 Dekarbonisierung der Industrieanlagen anreizen und die Vorreiter unterstützen.
258 Wir schlagen deshalb vor, dass Unternehmen den Gegenwert der kostenlos
259 verteilten Verschmutzungszertifikate in ein Transformationskonto bei der
260 Dekarbonisierungsbank einzahlen und das Guthaben dort für konkrete Investitionen
261 in die Dekarbonisierung sowie für Klimaschutzverträge nutzen können.

262 Zur Wahrheit gehört aber auch: Die Übergänge sind teuer und haben handfeste
263 Folgen für Arbeitsplätze, etwa beim Wechsel vom Verbrenner zum Elektroantrieb,
264 bei dem deutlich weniger Arbeitsschritte nötig sind. Wer das kleinredet,
265 verspielt Vertrauen und liefert Rechtspopulisten Munition. Wir gehen diese
266 Effekte deshalb vorausschauend und branchenspezifisch an. Jobs in veralteten
267 Technologien brauchen keine Ewigkeitsgarantie, aber Beschäftigte brauchen
268 verlässliche Brücken in neue Tätigkeiten, betroffene Regionen klare
269 Perspektiven. Die Menschen, die beispielsweise jahrelang auch in den fossilen
270 Branchen unser Land mit Energie versorgt haben, verdienen unseren Respekt und
271 Unterstützung im Wandel.

272 1.2 Innovation und Qualität

273 Viele blicken mit Sorge und Bewunderung nach China, das langfristig plant und
274 Schlüsselindustrien gezielt aufbaut. Daraus wird oft der falsche Schluss
275 gezogen, strategische Planung sei autoritär. Doch Liberalität und strategisches
276 Denken gehören zusammen: Der Staat setzt Ziele, schafft Infrastruktur, stärkt
277 Innovationen, sichert Nachfrage und gibt einen verlässlichen Rahmen vor, ohne
278 vorzuschreiben, wer die Ziele wie erreicht. So kann unternehmerische Freiheit
279 ihre Wirkung entfalten.

280 Schlüsseltechnologien: Technologische Innovation und ihre wirtschaftliche
281 Nutzung, gerade auch bei Hochtechnologie und KI, sind eine strategische

282 Notwendigkeit, die zu vernachlässigen Europa immer stärker in die politische
283 Abhängigkeit und Erpressbarkeit führen würde. In ausgewählten Feldern wollen wir
284 deshalb nicht nur Anwender, sondern Technologieführer sein, mit starker
285 Grundlagenforschung, eigenen Schlüsselpatenten und prägenden Leitmärkten. Dafür
286 braucht es gezielte Forschungsförderung und schnelleren Transfer aus der
287 Wissenschaft in die Unternehmen. Wir wollen Gesetze für Reallabore öffnen, um
288 neue Lösungen ausprobieren zu können. Beispielsweise könnte man autonomes Fahren
289 in Modellregionen in Stadt und Land erproben. Außerdem braucht es eine
290 Beschaffungspolitik, die europäischen Zukunftstechnologien den Markteintritt
291 erleichtert. Wir bündeln unsere Kräfte dafür in Schlüsseltechnologien, die viele
292 Branchen modernisieren können und in denen Deutschland bereits Stärken hat (etwa
293 KI, Quantentechnologie, Photonik, Robotik, Wasserstoff, Bio- und Medizintechnik
294 oder auch Plasmatechnologie). Nicht jede Technologie müssen wir allein
295 beherrschen, aber europäisch sollten wir die Ambition dazu haben.

296 Missionsorientierte Industriepolitik: Der Staat soll Neues fördern, nicht Altes
297 subventionieren, damit Europa einen starken Anteil an der industriellen Nutzung
298 technologischer Innovation erlangt. Statt vor allem einzelne Großprojekte
299 etablierter Unternehmen zu stützen, formuliert der Staat Ziele, schafft
300 Wettbewerb um die besten Lösungen und gibt durch Leitnachfrage Sicherheit für
301 private Investitionen. So wächst ein ganzes Ökosystem aus Zulieferern,
302 Forschung, Kapital und Fachkräften, in der Industrie ebenso wie bei
303 Dienstleistungen und auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene.

304 Markt und Kapital: Damit Innovationen wachsen können, wollen wir den
305 europäischen Binnenmarkt vollenden und eine Kapitalmarktunion schaffen. Dafür
306 müssen die Regeln und Aufsicht vereinheitlicht und bestehende Unterschiede
307 zwischen den nationalen Märkten abgebaut werden. Wir wollen die WIN-Initiative
308 fortsetzen und so Anreize schaffen, damit private und institutionelle Anleger
309 stärker in Europa und Deutschland investieren. Im Vergleich zu den USA besteht
310 in Europa insbesondere bei kapitalgedeckten Formen der Altersvorsorge für
311 Privatpersonen und Unternehmen noch erheblicher Nachholbedarf. Auch die
312 Finanzbildung und der Zugang zu Kapitalmärkten über digitale Plattformen sollten
313 verbessert werden. National bauen wir die Finanzierung für junge und wachsende
314 Unternehmen aus und gestalten die Regeln für Beteiligungskapital im Aufsichts-
315 und Steuerrecht klarer und einfacher. Damit auch die Beschäftigten am
316 Unternehmenserfolg beteiligt werden können, bauen wir die
317 Mitarbeiterkapitalbeteiligung weiter aus.

318 Start-ups und Scale-ups: Neue, dynamische Unternehmen sind einer der stärksten
319 Treiber von Produktivität. Wir wollen mehr Wagniskapital für die Wachstumsphase,
320 attraktive Mitarbeiterbeteiligung, schnelle digitale Gründungen und bessere
321 Exit-Möglichkeiten in Europa. Große Kapitalsammelstellen wie Pensionskassen und
322 Versicherungen müssen stärker in Venture-Capital-Fonds investieren können. Ein
323 Bürgerfonds für die private Altersvorsorge bietet auch eine große Chance für
324 Wachstumsfinanzierung. Die EU-Kommission muss eine europäische Rechtsform (EU
325 Inc.) einführen, die sich sowohl für Start-ups und Unternehmen in der
326 Wachstumsphase bis zum Börsengang eignet als auch nichtexit-orientierte
327 Unternehmen unterstützt und ihnen allen ein grenzüberschreitendes, einheitliches
328 rechtliches Umfeld bietet, ohne die Unternehmensmitbestimmung zu schwächen.

329 Handwerk und Selbstständige: Handwerksbetriebe, Soloselbstständige und kleine
330 Dienstleister sind das Rückgrat der Wirtschaft vor Ort und setzen die

331 Klimatransformation oft praktisch um. Wenn Menschen ihr Leben in die Hand
332 nehmen, gründen und selbständig werden, muss das stärker honoriert werden. Wir
333 machen es einfacher. Wir wollen alle Kleinunternehmen von Bürokratie entlasten,
334 Betriebsnachfolgen erleichtern und die soziale Absicherung von
335 Soloselbstständigen verbessern. Ein eigenständiges Gewerbemietrecht soll
336 Betriebe, Läden und Praxen vor überzogenen Mieterhöhungen und Kündigungen
337 schützen.

338 Europäischer Binnenmarkt: Damit Europa insgesamt wieder wettbewerbsfähig und
339 wirtschaftlich stark wird, muss der EU-Binnenmarkt vollendet und vertieft
340 werden. Enrico Letta und Mario Draghi haben in ihren Berichten klare
341 Reformvorschläge gemacht. Der Großteil dieser Vorschläge ist immer noch nicht
342 umgesetzt. Ziel muss es sein, dass Unternehmen künftig ihre Produkte und
343 Dienstleistungen europaweit schnell und einfach nach einheitlichen Standards auf
344 den Markt bringen können.

345 Starkes Wettbewerbsrecht: Damit innovative Unternehmen einen fairen Wettbewerb
346 gegen große Konzerne haben, brauchen das Bundeskartellamt und die EU-Kommission
347 zusätzliche Rechte und Ressourcen. Ihre Verfahren müssen beschleunigt werden und
348 die Nachweishürden für Wettbewerbsverstöße müssen gesenkt werden.

349 Regionale Vielfalt nutzen: Damit Regionen ihre bestehenden Erfahrungen für die
350 Bewältigung gegenwärtiger und zukünftiger Transformationen nutzen können, gilt
351 es, die regionale Vielfalt und die damit einhergehenden individuellen
352 geschichtlichen Entwicklungen zu berücksichtigen. Die Innovationskraft, die
353 Krisenerfahrungen und der Mut vieler Menschen in Ostdeutschland, nach 1990 neue
354 Wirtschaftsstrukturen, Verwaltungen, Kultur und Gesellschaft mitzugestalten –
355 mit allen Erfolgen und Fehlern dieser Prozesse –, spielen dabei eine besondere
356 Rolle. Es bestehen gegenwärtig dort wie in vielen anderen Regionen strukturelle
357 Herausforderungen wie die Alterung der Bevölkerung, das Fehlen von
358 Konzernzentralen und eine vergleichsweise schwache Gründerszene, denen gezielt
359 durch Investitionen in Infrastruktur, Bildung und gleichwertige
360 Lebensverhältnisse begegnet werden muss.

361 1.3 Ein moderner, ermöglichender Staat

362 Die Fülle an Regeln, meist in bester Absicht entstanden, frustriert Menschen,
363 lähmt Unternehmen und untergräbt das Vertrauen in den Staat. Wir brauchen ein
364 neues Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft: Ein ermöglichender Staat
365 investiert verlässlich in Bildung, Infrastruktur und Innovation. Er ist bei
366 seiner Regulierung klar in den Zielen und eröffnet möglichst viel Freiheit in
367 den Wegen. Damit Deutschland wieder vorankommt, braucht es einen Staat, der die
368 Transformation beschleunigt, statt sie zu blockieren. Regeln müssen ihre Ziele
369 mit verhältnismäßigem Aufwand erreichen, sonst gehören sie reformiert oder
370 gestrichen.

371 Bürokratieabbau: Gesetze sollen einen Praxis- und Digitalcheck durchlaufen, um
372 eine bürokratiearme und machbare, über die föderalen Ebenen hinweg konsistente
373 Umsetzung in einer modernen digitalen Verwaltung sicherzustellen. Das soll
374 schrittweise auch bestehendes Recht umfassen. Berichts- und
375 Dokumentationspflichten wollen wir grundsätzlich abschaffen, sofern sie nicht
376 neu begründet werden – hier werden wir die Bundesregierung an ihren Taten
377 messen. Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen zeigen, wie es gehen kann.

378 Durch verbindliche Standards und Schnittstellen wollen wir es für Unternehmen
379 einfacher machen, ihr regelkonformes Handeln, wo nötig, automatisch und digital
380 zu dokumentieren und nachzuweisen.

381 Vertrauensprinzip: Gesetze sollen Ziele vorgeben und Verwaltung soll
382 ermöglichen, nicht jeden Schritt überwachen. Statt Unternehmen, Selbständige und
383 Bürger*innen mit Dokumentationspflichten und verpflichtenden Vorabgenehmigungen
384 zu belasten, setzen wir auf einen rechtlichen Paradigmenwechsel: Durch
385 risikobasierte Kontrollen und harte Sanktionen für schwarze Schafe werden wir
386 dem Vorsorgeprinzip besser gerecht als im bestehenden System.

387 Ein Staat, der durchgreift: Ein handlungsfähiger Staat muss auch durchgreifen
388 können. Wir wollen Verstöße beispielsweise gegen Umwelt- und
389 Arbeitsschutzgesetze konsequent verfolgen, mögliche unrechtmäßige Gewinne
390 abschöpfen und die Verantwortung von Unternehmensleitungen klar regeln. Das
391 schützt auch die große Mehrheit der Unternehmen, die sich an Regeln hält.

392 Verwaltungsreform: Der Staat muss schneller und lösungsorientiert arbeiten. Wir
393 wollen verbindliche Vorgaben für Bearbeitungszeiten von Verfahren und dazu auch
394 mit den Ländern zusammenarbeiten. Dazu wollen wir eine Stiftung Verwaltungstest
395 einführen, die deren Einhaltung misst und Beratung anbietet. Die Zuständigkeiten
396 in unserem föderalen Staat wollen wir klar und eindeutig strukturieren und
397 Parallelstrukturen abbauen. So muss beispielsweise klar sein, dass das
398 Datenschutzrecht in allen Bundesländern einheitlich angewandt wird. Das Beamten-
399 und Vergaberecht wollen wir reformieren. Das Once-Only-Prinzip soll von Europa
400 bis zur Kommune die Regel sein: Bürger*innen und Unternehmen müssen benötigte
401 Daten nur einmal beim Staat hinterlegen. Sie können dann bestimmen, dass sie an
402 alle relevanten Stellen weitergereicht werden.

403 Schluss mit dem Antragswesen: Wir wollen einen Paradigmenwechsel hin zu einem
404 Staat, der den Bürger*innen automatisch die Dienste und Leistungen anbietet bzw.
405 zukommen lässt, die ihnen zustehen – vom Kindergeld, über Förderung für Familien
406 bis hin zur Verlängerung von Ausweisen und Pässen.

407 Ein Staat, der investiert: Ein ermöglichender Staat investiert verlässlich in
408 die Grundlagen von Wohlstand und Sicherheit: in Klimaschutz, Innovation, moderne
409 Infrastruktur und Verteidigungsfähigkeit. Dafür ist das Sondervermögen ein
410 wichtiger Hebel. Wir werden auch weiter dafür kämpfen, dass die Gelder
411 zusätzlich ausgegeben werden. Seine Wirkung kann durch die gezielte Einbindung
412 privaten Kapitals multipliziert und die Beschaffung deutlich beschleunigt
413 werden, insbesondere über öffentlich-private Partnerschaften. Dabei achten wir
414 darauf, dass Verluste nicht sozialisiert werden, während Gewinne privatisiert
415 werden.

416 **Hebel 2: Unsere Wirtschaft vor unfairer Konkurrenz und**
417 **gefährlichen Abhängigkeiten schützen**

418 Diese Offenheit im Inneren muss mit einem Schutz vor unfairen Praktiken nach
419 außen einhergehen. Die besten Innovationen werden sonst im unfairen Wettbewerb
420 untergehen. Die liberale, regelbasierte Weltwirtschaftsordnung wankt. Russland,
421 China und inzwischen auch die US-Regierung sind skrupellos bereit, das
422 Völkerrecht zu brechen und Machtmittel rücksichtslos einzusetzen. Dabei
423 verwenden sie auch ihre Marktmacht als Waffe: Geoökonomie ist auf dem Vormarsch

424 und die Weltwirtschaft fragmentiert. Machtpolitik ersetzt zunehmend vereinbarte
425 Regeln, Lieferketten werden fragiler, Rohstoffe und Schlüsseltechnologien werden
426 strategisch instrumentalisiert. Dagegen schützen wir uns.

427 2.1 Fairen Wettbewerb gegenüber China herstellen

428 China ist nicht mehr scheinbar grenzenloser Absatzmarkt für deutsche Exporte,
429 sondern hat Deutschland als weltweit größten Maschinenbauexporteur abgelöst und
430 bietet inzwischen auch technologisch anspruchsvolle Anlagen zu spotbilligen
431 Preisen an. Möglich machte das eine Kombination aus massiven Staatssubventionen,
432 einer bewusst schwach gehaltenen Währung und politisch gewollten
433 Überkapazitäten. Die chinesische Führung setzt gezielt auf Marktdominanz,
434 Technologieführerschaft und die Kontrolle über Rohstoffe und Lieferketten, um
435 andere Staaten stärker von China abhängig zu machen und zugleich die eigene
436 Verwundbarkeit zu verringern. Unser Ziel darf ausdrücklich kein Wirtschaftskrieg
437 und kein genereller Protektionismus sein – aber wir müssen diesem China-Schock
438 2.0 wirksam entgegentreten. Wo China durch Innovation wettbewerbsfähiger
439 geworden ist, sollte Europa von diesen Entwicklungen lernen und sich dem
440 Wettbewerb stellen. Unsere Unterstützung für freien Handel im gegenseitigen
441 Vorteil gilt weiterhin. Wo jedoch staatliche Subventionen,
442 Marktzugangsbeschränkungen, Dumpingpreise, Währungsunterbewertung oder
443 monopolistische Strukturen den Wettbewerb verzerren, sind Gegenmaßnahmen
444 erforderlich, um fairen Wettbewerb wiederherzustellen. Deutschland und Europa
445 müssen auch in Zukunft souverän über den wirtschaftlichen Kurs entscheiden
446 können – dafür müssen Schutz, der gezielte Aufbau eigener technologischer
447 Stärken und internationale Partnerschaften zusammenwirken.

448 Kritische Infrastruktur: Besonders sensible Bereiche der Kritischen
449 Infrastruktur wie etwa Rechenzentren, Cloud-Anbieter, Finanzinfrastrukturen und
450 Energieversorgung müssen in europäischer Hand bleiben. Hier muss eine
451 gesetzliche Untersagungsvermutung gelten, eine Freigabe soll es nur noch mit
452 verbindlichen Mindestauflagen geben und auch Neugründungen müssen erfasst
453 werden. Darüber hinaus braucht es bei ausländischen Investitionen in kritische
454 Schlüsseltechnologien eine verbindliche Konditionierung – das muss im Industrial
455 Accelerator Act verankert werden. Dazu gehört unter anderem eine Joint-Venture-
456 Pflicht, damit Know-how und Wertschöpfung in Europa erhalten bleiben.

457 Handelsschutz: Bestehende Handelsschutzinstrumente wie das Anti-Coercion
458 Instrument sollen konsequenter angewendet und europäische Standards durchgesetzt
459 werden. Das gilt auch für das EU-Ziel, Zwangsarbeit zu bekämpfen. Chinesische
460 Unternehmen sollten in Europa keine Rechte eingeräumt werden, die europäischen
461 Unternehmen in China aus Sicherheitsbedenken verwehrt werden. Zudem fordern wir
462 eine Beweislastumkehr bei der Foreign Subsidies Regulation, da China seinen
463 Unternehmen die Mitwirkung an EU-Antisubventionsuntersuchungen untersagt.

464 Buy-European-Regeln: Bei öffentlichen Aufträgen und Förderprojekten braucht es
465 wirkungsvolle Buy-European-Regeln, damit deutsches Steuergeld nicht an
466 chinesische Unternehmen fließt. Ein erster Schritt wäre, die Förderung für E-
467 Autos auf in Europa produzierte Modelle zu beschränken.

468 Ausgleichszölle: Wir setzen uns für Ausgleichszölle ein, um durch
469 Wettbewerbsverzerrungen entstehende Preisvorteile auszugleichen und damit einen
470 fairen Wettbewerb zu ermöglichen.

471 Internationale Kooperation: Wir schmieden eine Allianz mit all jenen Ländern,
472 die wie wir auf Regeln und Kooperation setzen. Wenn ein Partner unter Druck
473 gesetzt wird, stehen wir füreinander ein – etwa durch gegenseitigen
474 handelspolitischen Beistand. Das bedeutet neben gemeinsamen Handelsabkommen auch
475 einen Zollklub, in dem Ausgleichszölle koordiniert werden können.

476 Kritische Lieferketten: Wir brauchen in Zukunft ein umfassendes Lagebild der
477 kritischen Import- und Lieferkettenabhängigkeiten. Bei kritischen Produkten mit
478 hoher Importabhängigkeit von China braucht es auf europäischer Ebene
479 bürokratiearme Instrumente, die Anreize für Unternehmen zur Diversifizierung
480 ihrer Lieferketten setzen.

481 Rohstoffsicherheit: Die Kreislaufwirtschaft muss als strategisch wichtige
482 Branche durch eine bessere Finanzierung ihrer Infrastruktur, mehr
483 Materialstandardisierung und gleiche Wettbewerbsbedingungen für recyceltes
484 Material gestärkt werden. Wertvolle Sekundärrohstoffe dürfen nicht massenhaft
485 aus der EU abfließen, während Europa bei Primärrohstoffen erpressbar ist.
486 Außerdem müssen die EU-Mitgliedstaaten das Pooling von Unternehmen erleichtern
487 und befördern und selbst die Beschaffung stärker gemeinschaftlich betreiben,
488 wozu auch eine Reserve für kritische Rohstoffe gehören kann, um
489 widerstandsfähiger gegen Erpressungsversuche und Lieferengpässe zu werden.

490 Künstliche Intelligenz: Die EU muss ihre Stärken bei industriellen Daten, im
491 Maschinenbau und in der Automatisierung gezielt mit KI verbinden, statt diesen
492 Markt kampflos China und den USA zu überlassen. Für vernetzte Produkte und KI-
493 Systeme in kritischer Infrastruktur braucht es verbindliche
494 Sicherheitskriterien, die Fernzugriff und Datenabfluss an Staaten ausschließen,
495 die wirtschaftliche Abhängigkeiten als Druckmittel einsetzen. Bei Halbleitern
496 muss die EU ihre Abhängigkeit auch bei älteren, für die Industrie
497 unverzichtbaren Chipgenerationen verringern.

498 Verbraucherschutz: Die neue EU-Zollgebühr ist nur ein erster Schritt im Kampf
499 gegen die Paketflut von chinesischen Anbietern wie Temu und Shein, die
500 milliardenfach Produkte direkt an Verbraucher*innen liefern, aber keine
501 europäischen Umwelt-, Verbraucher- und Sicherheitsstandards einhalten. Die EU
502 muss ihre Produktstandards nach dem Digital Services Act (DSA) und durch
503 effektive Marktüberwachung endlich durchsetzen.

504 Europäische Einigkeit: Wir plädieren für regelmäßigen handelspolitischen Dialog
505 mit Peking auf EU-Ebene und lehnen deutsche Alleingänge ab. Dialog ist Teil
506 unserer Strategie, aber ersetzt sie nicht.

507 2.2 Macht der Tech-Oligarchen begrenzen

508 Die Macht weniger großer Technologiekonzerne gefährdet nicht nur den fairen
509 Wettbewerb, sondern auch Demokratie, Grundrechte und persönliche Freiheit. Die
510 enge Verbindung einzelner Tech-Milliardäre mit Donald Trump zeigt, wie digitale
511 Macht politischen Einfluss gewinnen kann. Dieser politische Einfluss wiederum
512 wird von den Tech-Oligarchen genutzt, um sich Sonderbehandlungen, Steuervorteile
513 und Straflosigkeit bei Gesetzesverstößen herauszuschlagen. Der wirtschaftliche
514 Schaden durch sich verselbstständigende KI-Agenten muss von den Tech-Oligarchen
515 verantwortet werden.

516 Europa hat den digitalen Wandel lange zu zögerlich gestaltet und zu wenig in
517 eigene Alternativen investiert. Deshalb muss Europa digitale Souveränität ernst
518 nehmen und aktiv gestalten. Deutschland und Europa sollten eigene digitale
519 Lösungen stärken, Abhängigkeiten verringern und dafür sorgen, dass
520 Digitalisierung mit unseren Werten von Freiheit, Demokratie und fairem
521 Wettbewerb vereinbar bleibt.

522 Digitalsteuer: Amazon, Apple, Google, Microsoft und Meta gehören zu den
523 reichsten Konzernen der Welt. In Deutschland zahlen sie fast keine Steuern –
524 obwohl sie hier riesige Gewinne machen. Wir fordern deshalb eine Digitalsteuer,
525 perspektivisch einheitlich in Europa, übergangsweise national in Deutschland.
526 Die Steuer gilt für Online-Werbung, Plattformen wie App Stores und Marktplätze,
527 Cloud-Dienste und den Handel mit Nutzerdaten. Ausgenommen werden kleine und
528 mittlere Unternehmen sowie deutsche und europäische Start-ups und Scale-ups. Auf
529 diese Weise fördern wir zusätzlich den fairen Wettbewerb und die Entwicklung von
530 europäischen Alternativen.

531 Digitaler Wettbewerb: Der Digital Services Act (DSA) und der Digital Markets Act
532 (DMA) müssen auf europäischer und nationaler Ebene konsequent, strikt und frei
533 von politischer Einflussnahme angewandt werden. Sanktionen kommen zu spät und
534 stoppen die fortlaufende Machtkonzentration nicht. Das deutsche Kartellamt muss
535 hier dringend schneller und konsequenter die anhängigen Fälle bearbeiten. Wir
536 wollen, dass bereits der Mangel an Wettbewerb sanktionierbar ist, um die
537 Dominanz weniger Tech-Giganten zu brechen. Der DMA muss auf Chatbots und Cloud
538 Computing ausgeweitet werden. Der gemeinsame Digitale Binnenmarkt muss vollendet
539 werden. Auf deutscher und europäischer Ebene wollen wir durch Interoperabilität,
540 Open Source, offene Standards und verpflichtende Schnittstellen im digitalen
541 Raum neue Märkte erschließen und insbesondere für den Mittelstand fairere
542 Wettbewerbsbedingungen schaffen. Solange es nicht ausreichend gute europäische
543 Alternativen gibt, muss der Einsatz ausländischer Systeme unter strengen
544 Sicherheitsmaßnahmen erfolgen, die Erpressung und Cyberangriffe aus dem Ausland
545 effektiv unterbinden können.

546 Europäische Alternativen fördern: Der Staat kann als verlässlicher Ankerkunde
547 auftreten, um europäischen Anbietern Planungssicherheit zu geben und selbst mit
548 gutem Beispiel für souveräne und nachhaltige Beschaffung voranzugehen.
549 Beispielsweise kann die Nachfrage des Staates gebündelt werden, indem nicht alle
550 Kommunen, Landkreise, Bundesländer oder gar einzelne Bundesministerien einzeln
551 Sicherheitssoftware beschaffen oder gar selbst entwickeln, sondern der Staat nur
552 eine Software zentral und nach Souveränitätskriterien erwirbt. Um die private
553 Nachfrage gerade von kleinen und mittleren Unternehmen zu verstärken, schlagen
554 wir statt bürokratischer Förderprogramme die Einführung eines KI-Gutscheins vor.
555 Mit diesem könnten Unternehmen bei einem durch den Staat vorab eingekauften
556 System Compute-Kapazitäten nutzen.

557 Hebel 3: Für gerechten Wohlstand und sozialen Zusammenhalt

558 Wachstum im Dienste der Menschen heißt, alle müssen die Chance haben, an den
559 Früchten des Wachstums teilzuhaben. Wohlstand muss denjenigen zugutekommen, die
560 unser Land mit ihrer Arbeit am Laufen halten. Deshalb bildet die Steuer-,
561 Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik den dritten Hebel unserer Wirtschaftspolitik. So

562 finanzieren wir die nötigen Investitionen, tragen zur fairen Verteilung von
563 Lasten und Gewinnen bei und sorgen für Sicherheit und Teilhabe.

564 Viele Menschen im Land sind bereits überlastet und erschöpft. Kriege,
565 Klimakrise, Inflation und die wirtschaftliche Lage sägen an den Nerven. Mieten,
566 Lebensmittel und Energie sind für viele kaum mehr bezahlbar. Mangelnde
567 Vereinbarkeit von Sorge- und Erwerbsarbeit lässt die Überlastung übergroß
568 werden. Mehr als zehntausend Arbeitsplätze gehen jeden Monat verloren. Statt in
569 dieser Lage für mehr Sicherheit zu sorgen und Sorgen zu nehmen, verschärft die
570 Bundesregierung die Situation mit ihren Kürzungsplänen zusätzlich.

571 Genau wie die Unternehmen und ihre Beschäftigten stehen unser Sozialstaat und
572 die Sozialversicherungen unter großem finanziellem Druck. Darauf müssen wir
573 reagieren. Die Antwort besteht für uns aber nicht im Sozialstaatsabbau, im
574 Zusammenkürzen der Leistungen unserer Sozialversicherungen. Unsere Reformen
575 haben den Anspruch, Leistungen zu verbessern und vor allem deren Finanzierung
576 nachhaltig so zu gestalten, dass sie die öffentlichen Haushalte, beispielsweise
577 bei der Hilfe zur Pflege, nicht weiter belasten. Nur kürzen, wie es die
578 Bundesregierung tut, ist keine Reform, es führt nicht in eine bessere Zukunft,
579 sondern ist Gift für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir wollen stattdessen
580 die Sozialsysteme effizienter gestalten und besser machen – als verlässlicher
581 Rückhalt einer demokratischen Gesellschaft. Und wir wollen sie einfacher machen,
582 indem wir Leistungen zusammenführen, digitalisieren und bürgerfreundlicher
583 gestalten. Das ist auch deshalb notwendig, weil die kommunalen Haushalte an der
584 Belastungsgrenze sind. Bei neuen Leistungen müssen wir immer fragen, was die
585 Kommunen noch leisten können. Für alle Finanzierungsfragen gilt: Wer bestellt,
586 bezahlt. Deshalb müssen unsere sozialen Sicherungssysteme in sich effizienter,
587 zielgerichteter und nachhaltiger finanziert sein.

588 Wir geben deshalb ein Versprechen für mehr Miteinander, Zusammenhalt und
589 Zukunft. Wir ziehen große Vermögen stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens
590 heran. Dabei sehen wir soziale Gerechtigkeit nicht nur als Ausgleich zwischen
591 oben und unten, sondern auch als Chancengerechtigkeit zwischen den Geschlechtern
592 und Generationen. Wir stellen die Renten-, Pflege- und Gesundheitsversicherung
593 so auf, dass sich alle auf sie verlassen können, heute und morgen. Und wir
594 priorisieren bei allen Ausgaben und Investitionen Kinder und ihre Bildung an
595 erster Stelle, damit Bildungserfolg in Deutschland nicht vor allem vom
596 Elternhaus abhängt.

597 3.1 Arbeitsmarkt im Wandel: An der Seite der Beschäftigten

598 Der Arbeitsmarkt erlebt seit Jahren einen rapiden Wandel, und insbesondere
599 unsere Industrie erlebt Brüche, deren Ausmaße lange unvorstellbar schienen. Wie
600 oben beschrieben haben wir wirtschaftspolitisch Grund zur Zuversicht, es muss
601 vor allem angepackt werden. Doch kein Parteitagsbeschluss kann die Angst vor dem
602 eigenen Jobverlust oder die damit verbundene Abstiegsangst nehmen. Ganzen
603 Belegschaften und Regionen stehen schwere Zeiten bevor. In dieser Lage stehen
604 wir an der Seite der Beschäftigten: Unsere Wirtschaftspolitik wird daran
605 gemessen, ob sie Arbeitsplätze schafft und Perspektiven sichert. Deshalb lassen
606 wir niemanden allein. Wir wollen, dass Beschäftigte den Wandel nicht erleiden,
607 sondern ihn mit sicherem Einkommen, guter Qualifizierung und echten
608 Zukunftsperspektiven mitgestalten können. Diejenigen, deren Arbeitsplätze wegen

609 der Umbrüche in der Industrie auf dem Spiel stehen, gehören zu den
610 bestausgebildeten Fachkräften der Welt. Auch wenn die Umbrüche in der Industrie
611 hart sind, sind wir davon überzeugt, dass ihr Wissen und Können gebraucht wird.
612 Um neue Arbeitsplätze zu schaffen und Übergänge zu erleichtern, schlagen wir
613 vor:

614 Regionale Transformationsagenturen gründen: Die Bundesagentur für Arbeit kann
615 ein zentraler Akteur in der Transformation der Wirtschafts- und Arbeitswelt
616 werden. Durch den Aufbau regionaler Transformationsagenturen kann sie
617 Fachexpertise zu den Förderinstrumenten, Arbeitsmarktdrehscheiben,
618 Qualifizierungsgeld, Weiterbildung u.v.m. bündeln und die Vernetzung vor Ort von
619 Weiterbildungsanbietern, Unternehmen und Betroffenen fördern. Die Erfahrungen
620 aus Rheinland-Pfalz zeigen, dass die Kombination aus regionaler Vernetzung,
621 betrieblicher Beratung und individueller Begleitung von Beschäftigten einen
622 wichtigen Beitrag zur sozialverträglichen Gestaltung von
623 Transformationsprozessen leisten kann.

624 Transfergesellschaften ausbauen: Eine Transfergesellschaft ist eine befristete
625 Beschäftigungsgesellschaft, die von Arbeitslosigkeit bedrohte Mitarbeiter*innen
626 auffängt. Betroffene wechseln für bis zu 12 Monate aus einem Aufhebungsvertrag
627 in dieses Arbeitsverhältnis. Sie werden dort nicht mehr operativ tätig, sondern
628 intensiv bei der Jobsuche und durch Qualifizierungen unterstützt. Die
629 Gesellschaft wird vom Arbeitgeber finanziert, die Arbeitnehmer*innen erhalten in
630 dieser Zeit (Transfer-)Kurzarbeitergeld.

631 Übergänge gestalten: Arbeitsmarktdrehscheiben und Job-to-Job-Übergänge sollten
632 stärker genutzt werden, um von Stellenabbau betroffene Beschäftigte möglichst
633 ohne zwischenzeitliche Arbeitslosigkeit in neue Beschäftigung zu vermitteln. Wer
634 aber seine Arbeitszeit vorübergehend reduziert, um sich für neue Tätigkeiten
635 oder absehbare Veränderungen des eigenen Berufs weiterzubilden, muss bisher
636 erhebliche Einkommenseinbußen hinnehmen. Deshalb sollte geprüft werden, wie
637 transformationsbedingte befristete Arbeitszeitreduzierung für
638 arbeitsmarktrelevante Weiterbildungen besser sozial abgesichert werden können.

639 Kurzarbeitergeld weiterentwickeln: Damit das Kurzarbeitergeld nicht nur zur
640 Warteschleife für bessere Zeiten wird und die Unternehmen notwendige
641 Zukunftsanpassungen angehen, sollte das Kurzarbeitergeld an
642 Qualifizierungsmaßnahmen geknüpft werden. Die Einführung eines verlängerten
643 Kurzarbeitergeldanspruch bei Durchführung einer Qualifizierung wäre ein
644 zusätzlicher Anreiz.

645 Anreize zur schnellen Arbeitsaufnahme schaffen: Wessen Arbeitsverhältnis nach
646 Zahlung einer Abfindung beendet wird, soll einen steuerlichen Vorteil erhalten,
647 wenn möglichst schnell eine neue Beschäftigung aufgenommen wird. Damit sinkt die
648 Steuerlast, umso schneller eine Beschäftigung aufgenommen wird. Das unterstützt
649 die betroffenen Beschäftigten in einer schwierigen Phase und hilft Unternehmen,
650 schneller Fachkräfte zu finden.

651 Für gute Arbeit und eine allgemein hohe Erwerbstätigkeit fordern wir außerdem:

- 652 • Arbeit muss sich immer lohnen: Unser Ziel ist es, dass Menschen, die
653 arbeiten, immer mehr im Geldbeutel haben. Zusätzlicher Verdienst darf
654 nicht durch Anrechnung auf Lohnersatzleistungen verpuffen. Deshalb wollen

wir zum Beispiel Transferentzugsraten reduzieren und
Anrechnungsmöglichkeiten verbessern;

- die Tarifbindungsquote deutlich zu erhöhen, indem die Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen spürbar erleichtert wird, einen armutsfesten Mindestlohn und die betriebliche Mitbestimmung durch ein modernes Betriebsverfassungsgesetz zu stärken;
- Frauen in dem Umfang Erwerbsarbeit zu ermöglichen, wie sie es wünschen, und allen Eltern durch den Ausbau einer qualitativ hochwertigen Kita- und Ganztagsbetreuung, die Reform des Ehegattensplittings, die deutliche Erhöhung der Abzugsfähigkeit von Betreuungskosten und ein Gutscheinmodell für haushaltsnahe Dienstleistungen mehr Vereinbarkeit zu ermöglichen sowie die EU-Entgelttransparenzrichtlinie zügig und bürokratiearm umzusetzen, um die Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern zu fördern;
- das Fachkräfteeinwanderungsgesetz konsequent weiterzuentwickeln und die angekündigten Maßnahmen, wie die unbürokratische Anerkennung ausländischer Berufs- und Bildungsabschlüsse, wirksam umzusetzen und dabei dazu beizutragen, dass Deutschland ein offenes, vielfältiges und attraktives Land für zugewanderte Menschen bleibt;
- das Aufstiegs-BAföG so weiterzuentwickeln, dass auch Umschulungen auf gleicher Qualifikationsstufe gefördert werden, denn in Krisenzeiten ist Weiterbildung eine echte Zukunftschance für Beschäftigte. Das erleichtert Jobwechsel in andere Sektoren und Bereiche. Dabei muss die Entwicklung und Wirkung von KI auf die Zukunft der Arbeit mitgedacht werden. Der Meistertitel soll künftig genauso kostenfrei sein wie der Master.

3.2 Wir verteilen die Lasten gerecht

Die Bundesregierung spart bei Kindern und Familien und hat gleichzeitig Milliarden für Reiche und Konzerne übrig. Das ist keine Frage leerer Kassen, sondern eine bewusste Prioritätensetzung. Die Politik von Schwarz-Rot ist falsch, weil sie sozial ungerecht ist.

Wir wollen die wachsende Ungleichheit in Deutschland bekämpfen, weil sie zutiefst ungerecht ist, aber auch weil Untersuchungen von OECD und IWF zeigen, dass hohe Einkommensungleichheit die Wirtschaft schwächt.

Auch angesichts der angespannten Haushaltslage von Bund, Ländern und insbesondere Kommunen ist eine höhere Besteuerung von extrem Reichen ein notwendiger Schritt, um die Finanzierung des Gemeinwesens gerecht zu gestalten. Deswegen wollen wir jene ganz oben mehr in die Pflicht nehmen und von unten Vermögen aufbauen.

Auch angesichts der steigenden Wertschöpfung durch kapitalintensive Innovationen wie KI folgt unsere Steuerpolitik einem klaren Prinzip: Wir verlagern die Steuer- und Abgabenlast schrittweise von Arbeit hin zu sehr großen Vermögen, Erbschaften und leistungslosen Gewinnen. Denn die Reichsten unserer Gesellschaft profitieren von weitreichenden und bislang unangetasteten Steuerprivilegien. Kapital endlich angemessen zu besteuern, ist vor diesem Hintergrund gerecht und zugleich wachstumsfreundlicher, als Arbeit weiterhin so stark zu belasten.

699 Spürbare Entlastungen für Bürger*innen und Unternehmen: Wir wollen deshalb vor
700 allem die Sozialversicherungsbeiträge zumindest in Summe stabilisieren. In einem
701 ersten Schritt senken wir die Krankenkassenbeiträge. Die Stromsteuer muss
702 endlich für alle auf das europäische Mindestmaß abgesenkt werden. Außerdem
703 wollen wir bei der Einkommenssteuer den jährlichen Grundfreibetrag um 500 Euro
704 anheben.

705 Investitionen insbesondere im Mittelstand stärken: Gewinne, die reinvestiert
706 werden, müssen deutlicher bessergestellt werden als Gewinne, die ausgeschüttet
707 werden. Wir setzen uns für den Mittelstandsfonds ein, der bei der Finanzierung
708 der Transformation unterstützt. Deutschland braucht ein klares
709 Investitionssignal auch für unseren Mittelstand. Es muss klar sein, dass es sich
710 lohnt, in Deutschland zu investieren. Wir wollen Investitionen steuerlich stark
711 anreizen und dafür eine wirkungsvolle Investitionszulage auf den Weg bringen.

712 Steuerrecht und Sozialleistungen vereinfachen: Bei der Steuererklärung sollen
713 Daten nur einmal angegeben werden müssen und nicht immer wieder neu.
714 Komplizierte Hinzurechnungsregeln bei der Gewerbesteuer für Mieten, Pachten und
715 Lizenzgebühren wollen wir abschaffen und damit gerade Mittelständler entlasten.
716 Der deutsche Sonderweg des steuerlichen Sonderbetriebsvermögens verursacht bei
717 Unternehmen großen Aufwand und bringt wenig – deshalb wollen wir ihn mit
718 notwendigen flankierenden Anpassungen beenden. Zudem wollen wir Steuer- und
719 Handelsbilanz wieder bestmöglich angleichen.

720 Vermögensaufbau für alle ermöglichen: Wir wollen den Arbeitnehmerpauschbetrag
721 auf 1.500 Euro sowie die Arbeitnehmer-Sparzulage von 80 Euro im Jahr fürs
722 Fondssparen deutlich erhöhen. Familien sollten einmal im Leben die Chance haben,
723 grunderwerbsteuerfrei eine selbstgenutzte Immobilie zu erwerben. So wollen wir
724 den Vermögensaufbau erleichtern. Im Gegenzug sollte für alle folgenden Erwerbe
725 eine höhere Grunderwerbssteuer fällig sein.

726 Gerechtigkeitslücken im Steuersystem schließen: Es gibt lang bekannte, eklatante
727 Ausnahmen im Steuersystem, die sehr wenige Vermögende oder einzelne
728 Gruppierungen marktineffizient bevorteilen, etwa bei der Veräußerung großer
729 Immobilienbestände oder bei der GewerbesteuerAusnahme für vermögensverwaltende
730 Immobiliengesellschaften. Wer 300 Wohnungen erbt, ist heute steuerbefreit,
731 während wer drei Wohnungen erbt, fair seinen Beitrag zahlt. Das ist ungerecht.
732 Wir schließen diese Gerechtigkeitslücken konsequent und erzielen damit einen
733 wichtigen zusätzlichen Beitrag für die Finanzierung unseres Gemeinwohls. In
734 Deutschland werden Gewinne aus Kryptoverkäufen nach einer Einjahresfrist nicht
735 besteuert, nach zehn Jahren werden auch Gewinne auf Immobilien nicht mehr
736 besteuert. Diese Sonderbehandlung wollen wir beenden.

737 Ernst machen im Kampf gegen Steuerhinterziehung und Geldwäsche: Wer Steuern
738 hinterzieht oder Geld wäscht, kommt zu leicht davon. Allein CumEx- und CumCum-
739 Geschäfte haben uns als Gesellschaft bereits über 30 Milliarden Euro gekostet.
740 Wir wollen deshalb die Finanzaufsicht stärken und die Kapazitäten auf
741 Bundesebene zur Verfolgung von Finanzkriminalität ausbauen. Wir wissen, dass
742 dies ein gemeinsamer Kraftakt von Justiz und Finanzbehörden, und von
743 Verantwortlichen auf Bundes- und Landesebene darstellt – wir wollen, dass von
744 oberster Ebene der Verfolgung dieser extremen Steuerkriminalität die Priorität
745 eingeräumt wird, die sie verdient.

746 Übergewinnsteuer auf fossile Krisengewinne: Öl- und Gaskonzerne haben in den
747 Krisenjahren Rekordgewinne eingefahren, die nicht auf unternehmerischer Leistung
748 beruhten, sondern auf Knappheit, Krieg und der Not von Verbraucher*innen. Solche
749 Zufallsgewinne müssen abgeschöpft werden. Wir wollen neben einer grundsätzlichen
750 Schärfung des Kartellrechts eine dauerhaft angelegte, rechtssichere
751 Übergewinnsteuer auf die Krisengewinne fossiler Energiekonzerne, europäisch
752 abgestimmt, damit sie nicht durch Verlagerung umgangen werden kann.

753 Die 500-Millionen-Steuer: Im internationalen Vergleich sind sehr große Vermögen
754 in Deutschland besonders stark bei sehr wenigen Menschen konzentriert. Während
755 über Einschnitte bei Krankenversorgung, Kinderbetreuung oder Renten diskutiert
756 wird, rapide steigende Verteidigungsausgaben über Schulden finanziert werden und
757 bald Zins und Tilgung der Verteidigungsschulden den Bundeshaushalt belasten
758 werden, haben die Vermögendsten unserer Gesellschaft weitreichende
759 Steuerprivilegien und Gestaltungsmöglichkeiten und zahlen trotz ihres Reichtums
760 de facto weniger Steuern auf ihr Einkommen als der Rest der Arbeitenden. Daher
761 wollen wir extrem hohe Vermögen ab 500 Millionen Euro stärker zur Finanzierung
762 des Gemeinwesens und vor allem der Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit
763 Deutschlands und Europas heranziehen, um Verteilungskonflikte im Kernhaushalt
764 zulasten des Sozialen zu verhindern. Dabei sollen bereits geleistete
765 Einkommensteuerzahlungen und Kapitalertragssteuern angerechnet werden.
766 Substanzbesteuerung ist nicht unser Ziel. So kann die ansonsten für alle
767 geltende Progressivität des Einkommensteuersystems auch an der obersten Spitze
768 beibehalten werden.

769 Geisterkonten fürs Gemeinwohl nutzen: Auf deutschen Bankkonten liegen Milliarden
770 auf sogenannten nachrichtenlosen Konten, auf die seit Jahren niemand mehr
771 zugegriffen hat und zu deren Inhaber*innen kein Kontakt herstellbar ist. Wir
772 wollen dieses Vermögen zehn Jahre nach dem letzten Kundenkontakt in einem Social
773 Impact Fonds für Sozialunternehmen, gemeinnützige Träger und soziale Projekte
774 nutzbar machen.

775 3.3 In Bildung investieren, statt bei Kindern zu kürzen

776 Ein Land wie unseres findet kaum Schätze im Boden – aber in den Köpfen der
777 Menschen und vor allem unserer Kinder. Damit ihre Bildung zum Erfolg wird, muss
778 das Umfeld stimmen. Kinder dürfen nicht in Armut aufwachsen und sie brauchen den
779 Raum zur freien Entfaltung ihrer Stärken. Doch Deutschland leistet sich seit
780 Jahrzehnten ein bildungspolitisches Desaster. Über ein Drittel der Schüler*innen
781 erfüllt laut neuester PISA-Studie nicht die Mindestanforderungen beim Lesen und
782 Rechnen. In den Naturwissenschaften ist es ungefähr jede*r Vierte.

783 Dazu kommt: Herkunft und Geldbeutel der Eltern entscheiden viel eher darüber,
784 wer einen höheren Schulabschluss schafft als Talent, Neugier und Fähigkeiten.
785 Wer also arm aufwächst, hat hierzulande wenig realistische Chance auf sozialen
786 Aufstieg. Damit wird das große Aufstiegsversprechen der Bundesrepublik nicht
787 mehr eingehalten.

788 Dadurch bleiben viele Talente und ein riesiges Fachkräfte- und
789 Wachstumspotenzial ungenutzt. PISA-Spitzenreiter wie die skandinavischen
790 Staaten, Kanada oder Südkorea machen es vor: Bildungsinvestitionen zahlen sich
791 mit Wirtschaftswachstum aus – jeder investierte Euro um das Vielfache.

792 Deshalb schlagen wir vor:

793 Kein Sozialleistungsabbau bei Kindern und Familien: Beim Elterngeld, dem
794 Kindersofortzuschlag, Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende und Hilfen für
795 Familien in Krisensituationen zu kürzen, ist unverantwortlich. Auch von den
796 geplanten Kürzungen beim Wohngeld sind in 70 Prozent der Haushalte Kinder
797 betroffen. Zusätzlich die Bundesmittel für die Qualität frühkindlicher Bildung
798 und von Kinderbetreuung zu halbieren, raubt den Heranwachsenden die Chance auf
799 eine bessere Zukunft. Und darunter leiden auch die Zukunftschancen unseres
800 Landes.

801 Kinderarmut umfassend bekämpfen: Kindbezogene Leistungen müssen gebündelt und
802 vereinfacht werden, damit sie alle Kinder erreichen. Dazu braucht es eine
803 transparente und armutsfeste Neuberechnung des Existenzminimums für
804 Minderjährige, das ihre Teilhabe verbessert. Alle relevanten Lebensbereiche, die
805 durch das Aufwachsen in Armut beeinflusst werden, müssen in den Blick genommen
806 werden, um Kinderarmut nachhaltig zu bekämpfen.

807 Föderalismus überarbeiten: Wir müssen endlich raus aus dem föderalen Klein-
808 Klein. Die Länder bleiben für Bildung hauptverantwortlich, Diskussionen darum
809 lösen keine Probleme. Aber Bund, Länder und Kommunen müssen viel stärker
810 zusammenarbeiten, voneinander lernen und erfolgreiche Konzepte verbindlich
811 übernehmen. Vor allem muss der Bund einfacher die Kommunen finanziell
812 unterstützen können und die Zusammenarbeit zum Beispiel bei der Digitalisierung,
813 beim Ganztagsausbau, bei der Bildungsgerechtigkeit und bei der Festlegung
814 gemeinsamer Bildungsziele verstetigen.

815 Kitas und frühkindliche Bildung stärken: Statt die Bundesmittel für
816 frühkindliche Bildung zu halbieren, muss der Bund deutlich mehr in unsere Kitas
817 investieren. Wir fordern drei Milliarden Euro pro Jahr für bessere
818 Sprachförderung, gesundes Essen, mehr und besser bezahltes Personal und gute
819 Qualität in unseren Kitas. Dazu gehört ein eigenes Investitionsprogramm für
820 Neubau, Sanierung und Ausstattung, das ausschließlich Kitas zugutekommt.

821 Spracherwerb fördern: Damit jedes Kind unabhängig vom Elternhaus eine gute
822 Vorbereitung auf die Schule und sprachliche Förderung erhält, setzen wir uns für
823 ein beitragsfreies und verbindliches Startchancen-Kitajahr im letzten Jahr vor
824 der Einschulung ein. Wir fordern die Bundesregierung auf, hierzu Gespräche mit
825 den Ländern aufzunehmen.

826 Schüler*innen unterstützen: Wir wollen an den Erfolg des Startchancen-Programms
827 anknüpfen und weiter benachteiligte Schulen fördern. Zusätzlich wollen wir
828 gezielt Schulen in strukturschwachen und ländlichen Regionen unterstützen und
829 erhalten.

830 Ganzttag ausbauen: Um die Kommunen und Länder bei der Umsetzung des
831 Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter ab dem
832 Schuljahr 2026/27 besser zu unterstützen, müssen die Finanzhilfen des Bundes für
833 das Investitionsprogramm Ganztagsausbau und die Beteiligung an der
834 Bewirtschaftung deutlich erhöht werden.

835 Eine Fachkräfteoffensive für gute Bildung: Der Lehrkräftemangel ist eine der
836 Hauptursachen für die Probleme an den Schulen, gleichzeitig fühlen sich immer
837 mehr Lehrkräfte massiv überfordert. Deswegen müssen wir mit einer gemeinsamen
838 Qualitätsoffensive für Lehrkräfte und Erzieher*innen von Bund und Ländern mehr

839 in den sich stark wandelnden Lehrberuf und multiprofessionelles Personal
840 investieren.

841 3.4 Wir sorgen für eine verlässliche Renten-, Pflege- und 842 Gesundheitsversicherung

843 Wir wollen Sozialversicherungen, die sich die Bürger*innen leisten und auf die
844 sie sich verlassen können. Für den Krankenpfleger, der auch selbst auf ein
845 gutes, öffentlich finanziertes Krankenhaus angewiesen ist, und die Handwerkerin,
846 die am Ende ihres Berufslebens auf eine auskömmliche Alterssicherung baut. Doch
847 diese Verlässlichkeit fehlt. Unser Gesundheitssystem kostet zu viel, für das,
848 was es tatsächlich leistet. Pflegeplätze gibt es zu wenige, und wer einen Platz
849 findet, kann ihn kaum noch bezahlen. Junge Menschen haben kaum mehr Vertrauen in
850 das Rentensystem. Diese Sorgen wollen wir durch unsere Vorschläge nehmen oder
851 zumindest lindern.

852 Krankenversicherung – Gesundheit stärken, Beiträge senken

853 Etwa eine Milliarde Euro fließen jeden Tag in unser Gesundheitssystem. Damit
854 haben wir eines der teuersten Gesundheitssysteme Europas. Doch die Qualität
855 passt nicht zum Preis: Wartezeiten für einen Facharzttermin sind lang, das
856 Klinikpersonal arbeitet am Limit und unsere Lebenserwartung ist nicht höher als
857 in unseren Nachbarländern. Die Zeche für dieses ineffiziente System bezahlen die
858 Versicherten. Durch hohe Beiträge und eine dafür vergleichsweise schlechte
859 Versorgung.

860 Anstatt Vorsorgeuntersuchungen einzuschränken, die psychotherapeutische
861 Versorgung weiter zu verschlechtern oder Familien einseitig zu belasten, so wie
862 es die Bundesregierung mit ihrem Gesetz getan hat, schlagen wir einen Reformplan
863 vor, der auf Prävention setzt, die Lasten fair verteilt und gleichzeitig das
864 System effizienter macht.

865 Einnahmen und Ausgaben fair verteilen: Auf dem Weg hin zu einer
866 Bürgerversicherung wollen wir neben den gesetzlich Krankenversicherten auch die
867 Privatversicherten in den solidarischen Finanzausgleich des Gesundheitssystems
868 einbeziehen. Staatliche Aufgaben, wie die Gesundheitsversorgung von Menschen in
869 der Grundsicherung, wollen wir über Steuermittel finanzieren, anstatt wie jetzt
870 überwiegend über Beiträge der gesetzlich Versicherten.

871 Kosten dämpfen: Die hohen Einstiegspreise bei patentgeschützten Arzneimitteln
872 wollen wir fallabhängig reduzieren und die Ausgaben langfristig stärker am
873 Nutzen des Arzneimittels orientieren. Im Gegenzug braucht es längere Planbarkeit
874 für die Produktion essenzieller Medikamente in Europa.

875 Strukturreformen angehen: Bei der Krankenhausplanung wollen wir, dass die
876 Qualität der Versorgung im Vordergrund steht. Denn wer eine Operation nur
877 dreimal im Jahr durchführt, hat keine Routine und es kommt häufiger zu
878 Komplikationen. Stattdessen setzen wir auf regionale Versorgungszentren und -
879 verbünde. Gleichzeitig wollen wir den Rettungsdienst reformieren, damit
880 Patient*innen im Notfall schnell und sicher versorgt werden. Und wir wollen
881 Arztpraxen, Krankenhäuser und den Notruf besser miteinander vernetzen, um
882 Patient*innen von Beginn an in die richtige Versorgungsebene zu leiten. Haus-
883 und Kinderarztpraxen sollen im Regelfall die erste Anlaufstelle sein, die die

884 weitere Behandlung koordiniert. So vermeiden wir unnötige Doppeluntersuchungen,
885 und wer wirklich eine fachärztliche Behandlung braucht, bekommt schneller einen
886 Termin.

887 Diese Maßnahmen sorgen nicht nur für eine verlässliche Versorgung und
888 finanzielle Stabilität, sie bieten sogar die Chance, die
889 Krankenversicherungsbeiträge zu senken.

890 Pflegeversicherung bezahlbar und zukunftsfest

891 Der Gedanke an Pflege führt heute viel zu oft zur Sorge um Armut: Im Juli 2026
892 betrug der durchschnittliche Eigenanteil im ersten Jahr eines Heimaufenthalts
893 3.364 Euro – etwa das Doppelte der Standardrente nach 45 Beitragsjahren.
894 Menschen, die ihr ganzes Leben hart gearbeitet haben, sind auf einmal von der
895 Sozialhilfe abhängig. Schon heute trifft das mehr als ein Drittel der Menschen
896 in Pflegeheimen, bald könnte es fast jede*r zweite sein. Das überlastet auch die
897 Kommunen, über sogenannten Hilfen zur Pflege, zunehmend. Deshalb wollen wir die
898 Lage der Pflegebedürftigen verbessern und gleichzeitig die Pflegeversicherung
899 zukunftsfest machen.

900 Klar ist aber auch: Die Ausgaben der Pflegeversicherung übersteigen die
901 Einnahmen längst in Milliardenhöhe.

902 Wir haben den Plan für eine Pflegereform, die die finanzielle Schieflage der
903 Versicherung beendet, ohne Pflegebedürftige und ihre Angehörigen in Armut zu
904 treiben. Zu den wichtigsten Punkten dieser Reform gehört:

905 Prävention fördern: Wir wollen, dass in einer älter werdenden Gesellschaft das
906 Mehr an Lebensjahren mit einem Mehr an Lebensqualität bis ins hohe Alter
907 verbunden ist. Dazu gehört es, dass wir gezielt in die Prävention von
908 Pflegebedürftigkeit investieren und dafür beispielsweise regelmäßige Check-Up-
909 Untersuchungen durchführen.

910 Häusliche Pflege und pflegende Angehörige stärken: Knapp neun von zehn
911 Pflegebedürftigen werden zu Hause versorgt, so wie es sich die allermeisten auch
912 wünschen. Getragen wird das überwiegend unbezahlt von Töchtern,
913 Schwiegertöchtern und Ehefrauen. Sie beenden, unterbrechen oder reduzieren dafür
914 ihre Erwerbsarbeit und übernehmen Verantwortung. Der Staat erkennt das weder
915 ausreichend an, noch sichert er diese Arbeit angemessen ab. Wer pflegenden
916 Angehörigen die Rentenbeiträge kürzen möchte, bestraft diejenigen, die das
917 System zusammen mit professionellen Pflegekräften am Laufen halten, gefährdet
918 die häusliche Pflege und nimmt Altersarmut bei Frauen sehenden Auges in Kauf.
919 Wir wollen pflegende Angehörige stattdessen deutlich stärker unterstützen und
920 die ambulante Pflege sowie die Tagespflege ausbauen. Das ist nicht nur dringend
921 geboten, sondern für die Pflegeversicherung auch noch deutlich günstiger als
922 jeder Heimplatz.

923 Lasten fair verteilen: Wir schaffen einen finanziellen Risikostrukturausgleich,
924 sodass die ungleich verteilten Risiken zwischen privater und sozialer
925 Pflegeversicherung künftig solidarisch ausgeglichen werden.

926 Staatliche Ausgaben gerecht finanzieren: Die gesetzliche Pflegeversicherung
927 leistet Milliardenbeträge für staatliche Aufgaben, die eigentlich aus
928 Steuermitteln finanziert werden müssten. Wir möchten die Beitragszahlenden davon
929 entlasten und eine vollständige Erstattung der pandemiebedingten Mehrausgaben

930 und die dauerhafte Übernahme der Rentenversicherungsbeiträge für pflegende
931 Angehörige aus dem Bundeshaushalt finanzieren.

932 Leistungen nach Bedarf richten und Eigenanteile reduzieren: Leistungen der
933 Pflegeversicherung wollen wir nicht allein an den Anspruch, sondern stärker an
934 den tatsächlichen Bedarf koppeln und dabei die Pflegefachkräfte vor Ort besser
935 einbeziehen. So können die Eigenanteile für Pflegebedürftige in der stationären
936 Langzeitpflege begrenzt, Kommunen entlastet und heutige wie auch künftige
937 Generationen besser für den Pflegefall abgesichert werden. Unser Ziel dabei ist
938 eine sozial gerechte Staffelung der pflegebedingten Eigenanteile hinsichtlich
939 hoher Einkommen oder Vermögen.

940 Eine verlässliche Altersvorsorge für alle Generationen

941 Die Rentenversicherung steht unter besonderem Druck. Immer mehr Rentner*innen
942 drohen verhältnismäßig immer weniger Beitragszahlenden gegenüberzustehen. Doch
943 Schwarzmalerei und Untergangsszenarien sind fehl am Platz. Zum einen ist es auch
944 in der Vergangenheit gelungen, die Zahl der Beschäftigten trotz älter werdender
945 Gesellschaft hochzuhalten und so die umlagefinanzierte Rente zu stützen. Zum
946 anderen gibt es Maßnahmen, die das Rentensystem trotz älter werdender
947 Gesellschaft entlasten können, ohne dass die zusätzlichen Lasten einseitig von
948 den Jüngeren geschultert werden müssen.

949 Dennoch ist es keine leichte Aufgabe, die Alterssicherung gerecht und
950 demokratiefest zu reformieren. Wir erkennen an, dass die Rentenkommission der
951 Bundesregierung einstimmig ein umfassendes und auf Ausgleich angelegtes Programm
952 vorgelegt hat. Das ist in der aktuellen Lage ein Wert an sich. Nichtsdestotrotz
953 enthält das Paket aber Schwächen und relevante Leerstellen, denen wir im
954 Folgenden unser eigenes Rentenkonzept gegenüberstellen.

955 Wir wollen eine stabile gesetzliche Rente, Altersarmut bekämpfen, den
956 Kapitalmarkt für die Rente nutzbar machen und Reformen, um die Rente für jüngere
957 Menschen finanzierbar zu halten. Vor diesem Hintergrund werden wir die Vorhaben
958 der Bundesregierung in Bundestag und Bundesrat konstruktiv begleiten.

959 Private und betriebliche Altersvorsorge für alle: Um mehr Menschen eine höhere
960 Altersvorsorge zu ermöglichen, wollen wir die private und betriebliche
961 Altersvorsorge attraktiver machen. Über einen öffentlich verwalteten Bürgerfonds
962 sollen alle Menschen privat und über ihren Betrieb kostengünstig, renditestark
963 und nachhaltig in den Kapitalmarkt investieren können. Alle sollen automatisch
964 einzahlen, sofern sie nicht widersprechen oder ein anderes Produkt auswählen. Um
965 junge Menschen von klein auf am Kapitalmarkt teilhaben zu lassen, wollen wir die
966 Frühstartrente auf alle Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren ausweiten.
967 Außerdem möchten wir die betriebliche Altersvorsorge weiterentwickeln. Gegenüber
968 einer Kapitalrente nach Vorschlag der Rentenkommission präferieren wir, dass
969 alle Arbeitnehmer*innen eine paritätisch finanzierte Betriebsrente von ihren
970 Arbeitgebern angeboten bekommen müssen. Diese Pflicht soll für
971 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse gelten, die unbefristet
972 oder für mindestens ein Jahr vereinbart sind: ab dem 1. Januar 2028 zunächst in
973 Unternehmen ab 500 Beschäftigten und ab dem 1. Januar 2029 bei allen weiteren
974 Arbeitgebern. Dabei sollen die besonderen Herausforderungen von Klein- und
975 Kleinstunternehmen berücksichtigt werden. Geringfügige Beschäftigungen in
976 Privathaushalten sind von der Pflicht ausgenommen. Durch den Bürgerfonds steht

977 dafür für alle und gerade für kleine und mittlere Unternehmen eine
978 kostengünstige Option zur Verfügung.

979 Vertrauen in die gesetzliche Rentenversicherung stärken: Einem großen Teil der
980 Menschen, vor allem in Ostdeutschland, war es bislang nicht möglich, zusätzlich
981 privat oder betrieblich für das Alter vorzusorgen. Sie müssen sich daher auf die
982 gesetzliche Rente verlassen können. Deshalb darf das Rentenniveau nicht unter 48
983 Prozent sinken. Ein weiteres Absinken würde das Vertrauen in die gesetzliche
984 Rente schwächen und für noch mehr Menschen im Alter ein Leben in Armut bedeuten,
985 insbesondere für Frauen.

986 Altersarmut bekämpfen: Für viele Menschen reicht die gesetzliche Rente aber auch
987 schon heute ohne zusätzliche Sozialleistungen nicht zum Leben. Um sie zu
988 unterstützen, schlagen wir die grüne Garantierente vor, die deutlich mehr
989 Menschen besserstellt als die bestehende Grundrente. Damit auch Menschen im
990 Niedriglohnsektor besser abgesichert werden, wollen wir Minijobs schrittweise in
991 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen überführen, mit Ausnahme von
992 Schüler*innen und Studierenden. Um insbesondere die Altersarmut von Frauen
993 nachhaltig zu bekämpfen, muss Care-Arbeit fair verteilt und eine bessere
994 Vereinbarkeit von Familie und Sorgearbeit sowie ein Rückkehrrecht in Vollzeit
995 und gleiche Löhne erreicht werden. Eine ganz praktische Maßnahme zur Bekämpfung
996 von Altersarmut besteht aber auch darin, dass Wohngeld nicht wie von der
997 Bundesregierung geplant, zu kürzen, da gerade auch Rentner*innen auf diese
998 Unterstützung angewiesen sind.

999 Maßnahmen für mehr Gerechtigkeit: Auskömmliche Renten müssen fair finanziert
1000 werden. Wir wollen einen Interessenausgleich zwischen stabilen und dynamischen
1001 Erwerbsbiografien, zwischen arm und reich und vor allem zwischen den
1002 Generationen herstellen.

- 1003 • Wir streben eine einheitliche Alterssicherung für alle Erwerbstätigen an.
1004 Daher unterstützen wir, dass weitere Berufsgruppen wie Abgeordnete des
1005 Deutschen Bundestages sowie der Landesparlamente, Beamte, Vorstände von
1006 Aktiengesellschaften und nicht abgesicherte Selbständige in die
1007 gesetzliche Rente aufgenommen werden. Um die Doppelbelastung von
1008 öffentlichen Haushalten zu vermeiden, wurde vom Sachverständigenrat
1009 Wirtschaft ein gangbares Modell vorgelegt. Auf dem Weg hin zu einer
1010 solchen einheitlichen Alterssicherung für alle Erwerbstätigen soll das
1011 Sicherungsniveau angeglichen und Reformen der Rentenversicherung
1012 wirkungsgleich auf die Pensionen der Beamt*innen und Abgeordneten
1013 übertragen werden. Wenn Verbeamtungen bis dahin nur noch mit Bezug auf
1014 hoheitliche Aufgaben erfolgen würden, würde dies die gesetzliche
1015 Rentenversicherung stärken und die Transparenz der öffentlichen Haushalte
1016 erhöhen.
- 1017 • In der gesetzlichen Rentenversicherung findet eine Umverteilung von
1018 kleinen zu größeren Einkommen statt, da Menschen mit geringem Einkommen
1019 statistisch früher sterben und so für einen kürzeren Zeitraum ihre ohnehin
1020 geringe Rente erhalten. An den bestehenden Renten wollen wir nichts
1021 ändern. Aber wir wollen, dass die Beitragsbemessungsgrenze der
1022 einheitlichen Alterssicherung für alle Erwerbstätigen schrittweise
1023 angehoben wird und die zusätzlichen Einnahmen für Einkommen oberhalb der
1024 bisherigen Beitragsbemessungsgrenze nur noch zur Hälfte den Einzahlenden

1025 angerechnet werden. Die andere Hälfte soll zur Stabilisierung des
1026 Rentenniveaus beitragen.

1027 • Zudem kann es für uns kein Weg sein, die Kosten des demografischen Wandels
1028 allein durch die Belastung von Löhnen und Gehältern zu schultern. Die oft
1029 beschworene und umworbene „hart arbeitende Mitte“ kann und darf nicht
1030 alleinig alle entstehenden Lasten auffangen. Daher sollen perspektivisch
1031 alle nicht beitragsgedeckten Leistungen in der Rentenversicherung über
1032 einen höheren Bundeszuschuss, mit Hilfe eines gerechteren Steuersystems,
1033 in dem auch Hochvermögende ihren fairen Anteil zahlen, finanziert werden.
1034 Um dabei auch die Vorteile des Kapitalmarkts zu nutzen, schaffen wir in
1035 der gesetzlichen Rentenversicherung eine ergänzende Kapitaldeckung durch
1036 die Übertragung von Eigenmitteln des Bundes.

1037 Längeres Arbeiten in Gesundheit fördern: Wir wollen Präventions- und
1038 Rehabilitationsangebote deutlich verbessern und Arbeitgeber stärker in die
1039 Pflicht nehmen, altersgerechte Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen anzubieten.
1040 Dadurch wollen wir das tatsächliche Renteneintrittsalter, das derzeit bei 64,7
1041 Jahren liegt, deutlich steigern und so die Finanzlage der Rentenversicherung
1042 trotz älter werdender Gesellschaft entlasten. Denn eine Anhebung des
1043 gesetzlichen Renteneintrittsalters ohne Steigerung des tatsächlichen
1044 Rentenbeginns ist de facto eine Rentenkürzung. Das wollen wir verhindern. Auch
1045 die Erhöhung der Erwerbstätigkeit, insbesondere von Frauen, eine höhere
1046 Fachkräftezuwanderung, die Erweiterung des Versichertenkreises und eine
1047 möglichst gute Lohn- und wirtschaftliche Entwicklung wirken sich positiv auf die
1048 Rentenversicherung aus. Verschlechtert sich die Finanzlage der
1049 Rentenversicherung dennoch und steigt die Lebenserwartung quer durch alle
1050 Schichten hinweg, kann eine Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters
1051 angemessen sein.

1052 Flexiblere Übergänge in die Rente: Wer im Alter arbeiten kann und will, soll
1053 bessere Möglichkeiten dafür bekommen. Wer nicht mehr kann, braucht Schutz.
1054 Arbeitsverträge sollen mit Erreichen des Renteneintrittsalters nicht mehr
1055 automatisch enden, sondern erst dann, wenn eine der beiden Seiten dies wünscht.
1056 Wer seine Arbeitszeit schon früher reduzieren möchte, soll dies künftig leichter
1057 tun können. Wir wünschen uns einen Kulturwandel: weg von einem abrupten Wechsel
1058 aus der Vollzeit in die Rente, hin zu einem gleitenden Übergang vom Erwerbsleben
1059 in den Ruhestand. Die abschlagsfreie Frührente zwei Jahre vor dem regulären
1060 Renteneintrittsalter wollen wir vor diesem Hintergrund zukünftig auf jene
1061 Menschen begrenzen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht länger in ihrem
1062 bisherigen Beruf arbeiten können. Dafür sehen wir faire Übergangsfristen vor. So
1063 wollen wir gezielt jene stützen, die in der Pflege, auf dem Bau oder in der
1064 Fabrik viele Jahre harter körperlicher Arbeit hinter sich haben und den
1065 solidarischen Grundgedanken der Rentenversicherung insgesamt stärken.

Einfache Sprache

1066 Zum Besseren. Neues Wachstum für unser Land.

1067 In Deutschland galt lange ein Versprechen: Wer sich anstrengt, dem geht es
1068 morgen besser. Für viele Menschen stimmt das heute nicht mehr. Miete,
1069 Lebensmittel und Energie werden immer teurer. Jeden Monat gehen mehr als 10.000

1070 Arbeitsplätze verloren. Viele Menschen ärgern sich auch über Ämter, weil dort
1071 vieles lange dauert. Viele haben Angst vor dem sozialen Abstieg. Rechtsextreme
1072 nutzen diese Angst aus. Das gefährdet unsere Demokratie. Wir setzen etwas
1073 dagegen: Zuversicht und einen klaren Plan.

1074 Unsere Antwort ist ein neues Wachstum. Denn wenn die Wirtschaft nicht wächst,
1075 verschwinden Jobs, und die Verteilungskämpfe zwischen Jung und Alt werden
1076 härter. Schulen sanieren, Netze ausbauen, das Klima schützen und Rente und
1077 Pflege sichern – das geht nur mit einer starken Wirtschaft, nicht dauerhaft auf
1078 Pump. Dabei geht es uns um ein neues Wachstum, das gute Arbeit schafft, auf
1079 diesen Planeten passt, uns unabhängiger von autoritären Staaten macht. Und es
1080 soll bei denen ankommt, die es erarbeiten.

1081 Dabei muss es gerecht zugehen. Die Ungleichheit in unserem Land ist zu groß, und
1082 wir wollen sie entschlossen bekämpfen. Dazu gehört, dass alle ihren fairen
1083 Anteil leisten, auch die sehr Vermögenden und die großen Konzerne. Und dazu
1084 gehört ein Sozialstaat, der Sicherheit gibt: Wer arbeitet, krank wird,
1085 Angehörige pflegt oder alt ist, muss sich auf ihn verlassen können.

1086 Unser Plan für neues Wachstum und Gerechtigkeit setzt an drei Hebeln an.

1087 **Hebel 1: Innovation freisetzen und die** 1088 **Wirtschaft erneuern**

1089 Deutschland soll Industrieland bleiben – und zugleich klimaneutral werden. Bei
1090 grünem Stahl, klimaneutraler Chemie, Elektromobilität, Wärmepumpen und
1091 Wasserstoff entstehen die Arbeitsplätze der Zukunft. Wer Klimastandards jetzt
1092 aufweicht, verliert morgen Märkte.

1093 • Klimaschutz als Investitionsmotor: Unternehmen sollen den Gegenwert ihrer
1094 kostenlosen CO₂-Zertifikate auf ein Transformationskonto bei einer
1095 Dekarbonisierungsbank einzahlen und damit gezielt in klimafreundliche
1096 Anlagen investieren. Dazu kommen einfach anwendbare Klimaschutzverträge
1097 und eine Netzfinanzierung, die sich über Generationen verteilt.

1098 • Technologieführerschaft in Schlüsselfeldern:

1099 • Wir fördern Bereiche, in denen neues Wachstum entsteht. Dazu gehören
1100 künstliche Intelligenz (KI), Roboter, Wasserstoff und Medizintechnik.
1101 Ideen aus der Forschung sollen schneller in Firmen ankommen. In Test-
1102 Regionen soll man Neues ausprobieren dürfen, zum Beispiel selbstfahrende
1103 Autos.

1104 • Kapital für Wachstum: Wir wollen eine europäische Kapitalmarktunion, mehr
1105 Wagniskapital für die Wachstumsphase von Start-ups und eine einheitliche
1106 europäische Rechtsform (EU Inc.). Pensionskassen und Versicherungen sollen
1107 leichter in Venture-Capital-Fonds investieren können. Beschäftigte sollen
1108 stärker am Unternehmenserfolg beteiligt werden.

1109 • Handwerk und Selbstständige stärken: Eine Firma zu gründen oder zu
1110 übernehmen, soll einfacher werden. Selbstständige ohne Angestellte sollen

- 1111 sozial besser abgesichert sein. Läden, Werkstätten und Praxen sollen
1112 besser vor zu hohen Mieten und Kündigungen geschützt sein.
- 1113 • Fairer Wettbewerb: Das Kartellamt achtet darauf, dass große Firmen ihre
1114 Macht nicht ausnutzen. Es soll mehr Rechte und mehr Personal bekommen. So
1115 haben auch kleine Firmen eine faire Chance.
- 1116 • Ein Staat, der ermöglicht: Neue Gesetze durchlaufen einen Praxis- und
1117 Digitalcheck. Berichts- und Dokumentationspflichten fallen weg, wenn sie
1118 nicht neu begründet werden. Für Verwaltungsverfahren gelten verbindliche
1119 Bearbeitungszeiten; eine „Stiftung Verwaltungstest“ prüft, ob sie
1120 eingehalten werden. Bürger und Firmen sollen ihre Daten dem Staat nur noch
1121 einmal geben müssen.
- 1122 • Leistungen automatisch statt auf Antrag: Kindergeld, Familienförderung
1123 oder die Verlängerung von Ausweisen soll der Staat von sich aus anbieten.
- 1124 • Vertrauen statt Generalverdacht: Der Staat soll nicht mehr alle vorab
1125 kontrollieren. Er prüft dort genauer, wo Gefahr besteht. Wer gegen Regeln
1126 zum Schutz der Umwelt oder der Beschäftigten verstößt, wird hart bestraft.
1127 Unrechtmäßige Gewinne muss er zurückzahlen.

1128 **Hebel 2: Unsere Wirtschaft vor unfairer** 1129 **Konkurrenz und Abhängigkeiten schützen**

- 1130 Viele Länder halten sich heute nicht mehr an gemeinsame Regeln im Handel.
1131 Russland, China und auch die US-Regierung setzen ihre Wirtschaftsmacht als
1132 Druckmittel ein. China verkauft viele Maschinen sehr billig. Das geht, weil der
1133 chinesische Staat seine Firmen mit viel Geld unterstützt. Wo China einfach
1134 besser ist, wollen wir von China lernen. Wo China unfair handelt, wehren wir
1135 uns.
- 1136 • Kritische Infrastruktur schützen: Rechenzentren, Cloud-Anbieter, Finanz-
1137 und Energieinfrastruktur sollen in europäischer Hand bleiben. Übernahmen
1138 durch Drittstaaten werden grundsätzlich untersagt. Investieren
1139 ausländische Firmen in wichtige Technik, müssen sie mit einer europäischen
1140 Firma zusammenarbeiten. So bleibt das Wissen in Europa.
- 1141 • Handelsschutz durchsetzen: Bestehende Instrumente wie das EU-Instrument
1142 gegen wirtschaftlichen Zwang werden konsequent genutzt. Bei
1143 Subventionsprüfungen müssen chinesische Unternehmen künftig selbst
1144 nachweisen, dass sie keine unfairen Staatshilfen erhalten.
- 1145 • Ausgleichszölle und Partnerschaften: Gezielte Zölle gleichen Preisvorteile
1146 aus, die durch Subventionen entstehen. Mit gleichgesinnten Staaten bilden

- 1147 wir einen Zollklub und stehen uns gegenseitig bei, wenn ein Partner unter
1148 Druck gesetzt wird.
- 1149 • Buy European: Öffentliche Aufträge und Fördergeld sollen europäischer
1150 Produktion zugutekommen. Ein erster Schritt: E-Auto-Förderung nur für in
1151 Europa gebaute Modelle.
- 1152 • Rohstoffe sichern: Wir stärken die Kreislaufwirtschaft, halten wertvolle
1153 Recyclingrohstoffe in der EU und bauen eine gemeinsame europäische
1154 Rohstoffreserve auf.
- 1155 • Verbraucher schützen: Plattformen wie Temu und Shein müssen europäische
1156 Sicherheits-, Umwelt- und Verbraucherstandards einhalten. Die EU muss
1157 diese Regeln endlich durchsetzen.
- 1158 • Digitalsteuer für Tech-Konzerne: Amazon, Apple, Google, Microsoft und Meta
1159 machen in Deutschland hohe Gewinne und zahlen kaum Steuern. Wir fordern
1160 eine Digitalsteuer auf Online-Werbung, Plattformen, Cloud-Dienste und
1161 Datenhandel – europäisch, übergangsweise national. Mittelstand und Start-
1162 ups bleiben ausgenommen.
- 1163 • Europäische Alternativen fördern: Die Digitalmarktregeln der EU sollen
1164 auch für Chatbots und Cloud-Dienste gelten. Der Staat bündelt seine
1165 Nachfrage und tritt als Ankercunde für europäische Anbieter auf. Ein KI-
1166 Gutschein erleichtert kleinen Unternehmen den Zugang zu Rechenkapazität.

1167 **Hebel 3: Gerechter Wohlstand und sozialer** 1168 **Zusammenhalt**

1169 Wachstum muss bei denen ankommen, die es erarbeiten. Doch der Wohlstand ist
1170 ungleicher verteilt denn je: In der EU besitzt das reichste Prozent mehr als die
1171 gesamte ärmere Hälfte. Kürzungen beim Sozialstaat sind keine Reform. Wir wollen
1172 die sozialen Sicherungssysteme stattdessen effizienter machen und gerechter
1173 finanzieren.

1174 **Arbeit**

- 1175 • Regionale Transformationsagenturen der Bundesagentur für Arbeit bündeln
1176 Beratung, Weiterbildung und Vermittlung vor Ort. Transfergesellschaften
1177 fangen Beschäftigte bis zu zwölf Monate auf, wenn ihr Arbeitsplatz
1178 wegfällt.
- 1179 • Kurzarbeitergeld wird an Qualifizierung geknüpft; wer sich weiterbildet,
1180 erhält es länger. Wer nach einer Abfindung schnell eine neue Stelle
1181 antritt, zahlt weniger Steuern.
- 1182 • Arbeit muss sich lohnen: Zusätzlicher Verdienst soll weniger stark auf
1183 Sozialleistungen angerechnet werden. Wir wollen mehr Tarifbindung, einen
1184 armutsfesten Mindestlohn und ein modernes Betriebsverfassungsgesetz.
- 1185 • Mehr Kita- und Ganztagsplätze, eine Reform des Ehegattensplittings und
1186 gleiche Löhne für Frauen und Männer. Das Aufstiegs-BAföG fördert künftig

1187 auch Umschulungen, und der Meistertitel soll so kostenfrei sein wie der
1188 Master.

1189 Steuern

1190 • Arbeit soll weniger besteuert werden. Sehr große Vermögen und Erbschaften
1191 sollen mehr beitragen.

1192 • Entlastung für alle: niedrigere Krankenkassenbeiträge, Stromsteuer auf das
1193 europäische Minimum, 500 Euro mehr Grundfreibetrag, ein
1194 Arbeitnehmerpauschbetrag von 1.500 Euro.

1195 • Investitionen im Mittelstand fördern wir mit einer Investitionszulage;
1196 Gewinne, die eine Firma wieder investiert, sollen günstiger besteuert
1197 werden.

1198 • Vermögen ab 500 Millionen Euro sollen stärker zur Finanzierung von
1199 Gemeinwesen und Verteidigung beitragen. Steuerprivilegien schaffen wir ab:
1200 Wer heute 300 Wohnungen erbt, zahlt keine Steuer, wer drei erbt, schon.
1201 Das ist nicht gerecht. Auch Krypto- und Immobiliengewinne sollen nicht
1202 mehr nach Ablauf einer Frist steuerfrei sein.

1203 • Steuerbetrug wie bei Cum-Ex hat über 30 Milliarden Euro gekostet. Wir
1204 bauen Finanzaufsicht und Ermittlungskapazitäten aus und wollen eine
1205 dauerhafte Übergewinnsteuer auf Krisengewinne fossiler Konzerne.

1206 Bildung und Familien

1207 • Kürzungen, die nur Kinder und Familien belasten, sind zutiefst ungerecht.
1208 Beim Elterngeld, dem Unterhaltsvorschuss oder beim Wohngeld zu sparen,
1209 gefährdet die Zukunftschancen einer ganzen Generation.

1210 • Kinderbezogene Leistungen werden gebündelt und vereinfacht, das
1211 Existenzminimum für Kinder armutsfest neu berechnet.

1212 • Drei Milliarden Euro pro Jahr zusätzlich für Kitas – für Sprachförderung,
1213 gesundes Essen und mehr, besser bezahltes Personal. Dazu ein
1214 verbindliches, beitragsfreies Kita-Jahr vor der Einschulung.

1215 • Das Startchancen-Programm für benachteiligte Schulen wird fortgesetzt, der
1216 Ganztagsausbau stärker vom Bund finanziert.

1217 Gesundheit und Pflege

1218 • Auch Privatversicherte sollen sich an den Kosten des Gesundheitssystems
1219 beteiligen.

1220 • Preise für neue Medikamente richten sich stärker nach ihrem Nutzen.
1221 Hausärzte werden zur ersten Anlaufstelle, Kliniken spezialisieren sich. So
1222 gibt es weniger doppelte Untersuchungen und kürzere Wartezeiten.

1223 • Ein Heimplatz kostet im ersten Jahr durchschnittlich 3.364 Euro
1224 Eigenanteil pro Monat. Wir wollen diese Eigenanteile sozial gestaffelt

1225 begrenzen, pflegende Angehörige besser unterstützen und ambulante Pflege
1226 und Tagespflege ausbauen.

1227 Rente

- 1228 • Das Rentenniveau darf nicht unter 48 Prozent sinken. Eine Garantierente
1229 schützt vor Altersarmut; Minijobs werden schrittweise
1230 sozialversicherungspflichtig.
- 1231 • Alle Erwerbstätigen sollen in die gesetzliche Rente einzahlen. Das gilt
1232 auch für Abgeordnete, Beamte und Vorstände.
- 1233 • Ein öffentlich verwalteter Bürgerfonds ermöglicht günstige private
1234 Vorsorge. Ab 2028 müssen Arbeitgeber eine je zur Hälfte finanzierte
1235 Betriebsrente anbieten.
- 1236 • Arbeitsverträge enden nicht mehr automatisch mit dem Rentenalter. Wer
1237 länger arbeiten will, kann das; die abschlagsfreie Frührente gilt künftig
1238 für Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr in ihrem Beruf
1239 arbeiten können.

1240 Fazit

1241 Wir wollen Wachstum nicht bremsen, sondern gestalten. Wirtschaftlicher Erfolg,
1242 sozialer Zusammenhalt und Klimaschutz sind kein Widerspruch – sie sind die
1243 Bedingung dafür, dass Wohlstand hält. Unser Versprechen: ein Mehr für alle,
1244 damit es wieder besser wird.